

SEDUTA n. 53 del 18.05.1995

Presidenza del Presidente Tretter

Ore 10.07

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Andreotti, Atz, Benussi per il pomeriggio, Berger, Bolzonello, De Stefani, Durnwalder, Kofler, Magnabosco, Minniti, Munter, Pallaoro, Romano e Zanoni.

Diamo lettura del processo verbale della precedente seduta.

DENICOLO': (Sekretär):(verliest das Protokoll)
(segretario):(legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni in merito al processo verbale? Nessuna. Il processo verbale si intende approvato.

Prima di passare alla trattazione dell'ordine del giorno intendo fare una comunicazione e un apprezzamento al collega Palermo per l'invito di partecipazione alle proprie nozze. Sappiamo tutti che domenica si sposa e nel congratularmi con lui e la signorina Anita Salvadori, che, mi fa piacere ricordare, svolge la propria attività lavorativa presso la regione. Al collega Palermo un augurio a nome di tutta l'aula, augurio che racchiude in sé tanta serenità e felicità.

Devo anche fare una comunicazione: mi ha pregato di rendere noto che alle ore 12.30, tutti sono invitati ad un brindisi.

(Applausi)

PRESIDENTE: Siamo al terzo punto dell'ordine del giorno: **Voto n. 1, presentato dai consiglieri regionali Frasnelli, Denicolò, Kasslatte-Mur, Messner e Christine Mayr, riguardante la richiesta di indire una conferenza internazionale per la soluzione della questione curda.**

La parola per la lettura del Voto al cons. Frasnelli.

FRASNELLI: Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir müssen uns leider Gottes wieder einem wenig erfreulichen Thema zuwenden.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker, internationale Menschenrechtsorganisation mit Beraterstatus bei der UNO hat vor kurzem an alle politischen Fraktionen im Parlament und an den Ministerpräsidenten Italiens den dringenden Appell gerichtet, die Waffenlieferungen italienischer Firmen an die türkische Regierung sofort auszusetzen. Infolge der wiederholten Lieferungen von Kriegsmaterial und der militärischen Kooperation mit Ankara macht sich Italien - wie andere EU-Mitgliedsländer - für die systematische Verletzung der Menschen- und Völkerrechte ethnischer Minderheiten in der Türkei mitverantwortlich. Die neuen Waffenlieferungen tragen direkt zur Repression des kurdischen Volkes bei.

1991, z.B. hat Italien - laut Bericht des Ministerpräsidenten über die Rüstungsexporte Italiens im Jahre 1991 - 27 Exemplare des Jagdflugzeuges SF 260 D SIAI-Marchetti im Wert von 15,2 Milliarden Lire an Ankara geliefert, die nachweislich im Krieg gegen die Kurden eingesetzt werden. Vor wenigen Wochen hat die italienische Firma AGUSTA den Zuschlag für einen wichtigen Auftrag des türkischen Verteidigungsministeriums erhalten, nämlich für die Lieferung innert 1994 von 20 Kampfhubschraubern AB 206 im Gesamtwert von rund 34 Milliarden Lire. Diese Hubschrauber sollen mit besonderer Ausrüstung für den Einsatz in "schwierigen Gebieten" ausgestattet werden, im Klartext: im Kampf gegen die Kurden im bergigen Südosten der Türkei (Quelle: Rivista italiana difesa, Mai 1994, S. 10).

Es erübrigt sich sicher, daran zu erinnern, daß die Türkei heute einen unerklärten Krieg nicht nur gegen die PKK, sondern gegen die gesamte kurdische Bevölkerung im Südwesten des Landes führt. In Türkisch-Kurdistan sind bereits heute 300.000 Soldaten im Einsatz. Außerdem operieren verschiedene "Antiterrorismus-Sonderkommandos", Einheiten der Polizei und der Geheimdienste sowie Tausende von Ankara bewaffnete und bezahlte Kollaborateure: Todesschwadronen, die die Mehrzahl der politischen Morde in Türkisch-Kurdistan begehen.

Am 31.12.1993 hat die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller in einer Rede in Dyarbakir zugegeben, daß die türkische Regierung für den Krieg gegen die Kurden zwischen 1984 und 1993 umgerechnet 90.000 Milliarden Lire ausgegeben hat. Allein 1993 wurden 874 kurdische Dörfer zerstört. Eine politische Lösung wird verweigert.

Die italienische Regierung verstößt mit diesen Waffenlieferungen gegen ihre eigenen Gesetze. Das Gesetz Nr. 185 von 1990 über den Waffenexport verbietet nämlich Waffenlieferungen an Länder, "deren Regierungen nachweislich für die Verletzung internationaler Konventionen auf dem Gebiet der Menschenrechte verantwortlich sind" (Art. 1, Buchst. d, Abs. 6) und ebenso an Länder, "die sich im Kriegszustand befinden unter Verletzung des Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen" (Art. 1, Buchst. a, Abs. 6). Die Türkei hat insgesamt 13 internationale Menschenrechtskonventionen unterzeichnet und ist vom Europaparlament bereits mehrfach aufgefordert worden, diese auch einzuhalten.

Dies vorausgeschickt,

s t e l l t

DER REGIONALRAT TRENTINO-SÜDTIROL

den B e g e h r e n s a n t r a g,

die Regierung möge:

1. sich um eine internationale Konferenz zur Lösung der Kurdenfrage bemühen;
2. in jedem Falle die volle Einhaltung des Gesetzes Nr. 185 garantieren und sofort den Export jeder Art von Waffen an die Türkei aussetzen, die im Krieg gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden können.

FRASNELLI: Lassen Sie mich noch heute kurz auf die Geschichte des kurdischen Volkes eingehen. Mit 20 Millionen Menschen bilden die Kurden im Osten eines der Völker, denen das Recht auf Selbstbestimmung nun seit Jahrzehnten verweigert wird. Erschwert wird ihr Kampf um die grundlegenden Völkerrechte durch die Aufteilung auf die vier Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien. Außerdem leben in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten etwa 300.000 Kurden zumeist als Flüchtlinge aus der Türkei. Der genaue Ursprung des kurdischen Volkes, das zur iranischen Sprachenfamilie gehört, verliert sich häufig im Dunklen der Geschichte. Kurdistan bildete jahrhundertlang den Schauplatz von Auseinandersetzungen der Großmächte. Als am Ende des Ersten Weltkrieges England und Frankreich die Befreiung der so lange von den Türken unterdrückten Völker forderte, schien ein Kurdenstaat in greifbarer Nähe. Doch die Siegermächte endeten ihre Meinung schnell und begnügten sich mit der Errichtung zweier arabischer Staaten - Pufferstaaten könnte man sagen - Syrien und Irak. Die in der Sowjetunion lebenden Kurden gingen ebenso wie die in Armenien leer aus, denn Frankreich und England wünschten sich nach der russischen Oktoberrevolution eine starke Türkei, auch um einen Einfluß der neuen Kremlherren einzudämmen. Wie immer entschieden geostrategische Interessen die Politik. Nachdem dem Sturz des letzten ottomanischen Sultans durch die türkische Armee, unterstützten sie deshalb 1919 den Aufbau einer zentralistischen, pro-westlichen und diktatorisch regierten Republik Türkei. Atatürks neuer Staat basierte auf einem ausgeprägten türkischen Nationalismus, der für andere Völker keinen Raum ließ. Getreu seiner Ideologie galten die Kurden, von denen gut 10 Millionen in der Türkei lebten, als sogenannte Bergtürken, natürlich abwertend. Ein kurdischer Aufstand gegen die Kemalisten 1927 diente dem Militär als Vorwand für die vollständige Besetzung von türkisch-Kurdistan. Vorrangiges Ziel war die Zerstörung der Stammesstrukturen, d.h. Ziel war die innere Entwurzelung des kurdischen Volkes. Bis zum zweiten Weltkrieg sollen die Kemalisten nach verschiedenen Schätzungen internationaler Organisationen zwischen 10 und 20 Prozent der kurdischen Bevölkerung systematisch vernichtet haben. An den Vorgehen der türkischen Zentralregierung - unser NATO-Partner - hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert. Kurdischer Sprachunterricht ist weiters verboten, wie kurdische Publikationen oder sogar Musikkassetten in kurdisch. Allein die Erwähnung des Wortes "Kurdistan" gilt als separatistische Propaganda und als eines der schlimmsten

Verbrechen in der Türkei, das auch gegenüber Ausländern hart verfolgt wird. Tausende von Kurden sitzen in Gefängnissen, in denen Folter alltäglicher ist als das Essen.

Nun werte Kolleginnen und Kollegen, ein Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty-International über die aktuelle Menschenrechtssituation der Kurden in der Türkei spricht des weiteren Bände. Die Menschenrechtssituation in der Türkei hat sich seit 1992, um nun in die jüngste Vergangenheit und in die Gegenwart zu kommen, zunehmend verschärft. Angehörige des kurdischen Volkes sind dabei keineswegs allein die Leidtragenden. Doch vor dem Hintergrund der Eskalation des Konflikts in den kurdischen Gebieten nehmen Menschenrechtsverletzungen an Kurden in der ganzen Türkei alarmierend zu. Jede Woche werden Menschen wegen des Vorwurfs pro-kurdischer Propaganda hinter Gitter gebracht. Morde durch sogenannte unbekannte Täter, die oft im Stil von Todesschwadronen operieren, nehmen zu. Die Zahl sogenannter verschwundener Menschen steigt ebenso alarmierend an, wie die Berichte über Folter und Todesfälle nach Mißhandlungen in Polizeihaft. Landesweit nimmt außerdem die Unterdrückung der Meinungsfreiheit zu. Davon sind vor allem Anwälte, Journalisten, Mitarbeiter von Menschenrechtsvereinigungen und -organisationen, Gewerkschafter und auch politische Aktivisten betroffen.

Zur rechtlichen Lage: Der Ausnahmezustand in 10 überwiegend von Kurden bewohnten Provinzen, bzw. Bitlis, Tunceli, Smyrna, Mardin, Van, Hakkari, Diyarbakir, Batman, Bingöl und Siirt im Südosten der Türkei gilt seit 1987 und ist auch in der aktuellen Situation geltend. Drei weitere Provinzen wurden erst kürzlich der Amtsgewalt des Ausnahmezustandsgouverneurs in Diyarbakir mit besonderen Vollmachten unterstellt. In den Provinzen mit Ausnahmezustand können kurzfristig Ausgehverbote verhängt, Versammlungen, Kundgebungen und Streiks verboten und Durchsuchungen von Häusern und Personen angeordnet werden. Die am 18.11.1992 von der türkischen Nationalversammlung verabschiedete und am 1.12.1992 in Kraft getretene Strafprozeßreform - dieser Begriff ist natürlich ein Hohn auf Rechtsstaatlichkeit - hat diese Situation nicht verändert, sondern verschärft. Die Polizeihaft kann weiterhin ohne Haftbefehl für politische Straftaten, die nach eigenem Ermessen durch die Polizei als solche deklariert werden, 15 Tage und in Ausnahmezustandsgebieten 30 Tage betragen. Wobei auch diese Frist willkürlich in der Praxis häufig überzogen wird. Gerade in den ersten Tagen nach der Festnahme von Personen werden diese, vor allem wenn sie verdächtigt werden den kurdischen Widerstand zu unterstützen, systematisch gefoltert. Auch in der jüngsten Vergangenheit wurden Amnesty-International wieder Fälle von Personen bekannt, die in der Haft zu Tode gefoltert wurden. Ich darf ihnen hiermit einige aktuelle Bilanzen vorbringen. Jahresbilanz der Menschenrechtsverletzung für das Jahr 1994: Verhaftungen 1.233; Festnahme ohne Haftbefehl 14.473; in Polizeihaft verschwundenen Menschen 328; Morde durch sogenannte unbekannte Täter, wobei eindeutig staatlich gelenkte Bürgerguerilla dahintersteht, 292; in Polizeihaft Verstorbene 298; nachgewiesene Folterfälle 1.000; Angriffe gegen Zivilisten - Tote 200, Verletzte 458; Tote bei militärischen Gefechten zwischen der PKK und den türkischen Streitkräften 5.000. Für

den Januar 1995 einige Daten: ebenfalls Verhaftungen 233; in Polizeihaft verschwundene Menschen 28; Morde unbekannter Täter 12; in Polizeihaft Verstorbene 23; nachgewiesene Folterfälle 85. Im Februar 1995 und im März 1995 haben diese Bilanzen zugenommen; sie wurden mir von Amnesty-International in den letzten Tagen zugesandt und zeigen die Spirale der Aggression der türkischen Zentralmacht gegen diese Minderheit sehr deutlich auf. In der Zeit von 1989 bis 1994 sind nachweislich 1.351 kurdische Dörfer in türkisch-Kurdistan vernichtet worden oder abgebrannt worden oder zerstört worden und auch 1995 hat sich aufgrund der Aggression der türkischen Armee und anderer Einheiten diese Aggression fortgesetzt und hat eine starke Zunahme erfahren. Nicht zu sprechen von den Dingen, die unlängst durch die Invasion von irakisch-Kurdistan durch 30.000 Militäranghörige und Sondertruppen der türkischen Regierung im Grenzgebiet zwischen irakisch-Kurdistan und türkisch-Kurdistan erbracht worden sind. Angesichts dieser Situation fragt sich natürlich: gibt es politische Lösungen zu dieser schwierigen Situation? Gibt es Ansätze der Versuche für eine politische Lösung, die seitens des kurdischen Volkes vorangetrieben werden kann? Gibt es kurdische Parteien? Was ist die politische Programmatik der kurdischen Partei? Und in diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß die Möglichkeit einer demokratischen Interessensvertretung für Kurden durch die türkische Zentralregierung mit allen Mitteln verhindert wird. Bei den Parlamentswahlen vom Herbst 1991 konnte die HEP - eine demokratische kurdische Partei - 22 Abgeordnete in das türkische Parlament entsenden. Chancen für eine Vermittlung in den Konflikt durch Vertreter und Abgeordnete der HEP und später einer anderen demokratischen Partei DEP - dies ist eine sozialdemokratische Partei - wurden von Regierungsseite jedoch nicht genutzt. Mitglieder sei es der HEP wie der DEP werden ständig staatlicher Verfolgung, Festnahmen, Folter und Morde ausgesetzt. Die HEP wurde im Juli 1993 durch das türkische Verfassungsgericht verboten. Auch die DEP zu der die meisten HEP Abgeordneten nach dem Verbot übergetreten sind, ist im Zusammenhang mit der Verfolgung der PKK Zielscheibe staatlicher Maßnahmen geworden. Im März 1994 wurden in spektakulärer Weise sechs Abgeordneten die Immunität entzogen. Wir haben alle auf den Fernsehschirmen dieses Trauerspiel an Demokratie oder Nichtdemokratie miterleben können. Sie wurden beim Verlassen des Parlamentsgebäudes verhaftet. In dem Verfahren gemäß Artikel 125 der türkischen Strafgesetzgebung wurde seitens der Staatsanwaltschaft die Todesstrafe wegen Separatismus gefordert. Am 16. Juni 1994 hat das türkische Verfassungsgericht im Ankara auch die DEP aufgelöst und verboten, wegen des Vorwurfs separatistischer Aktivitäten. In den letzten zwei Jahren sind mehr als 70 ihrer Funktionäre, Parteimitglieder oder Unterstützer Mordanschlägen zum Opfer gefallen. Am 4. September 1993 wurde ein Abgeordneter von nicht identifizierten Tätern am helllichten Tage vor dem Parlament, also im Zentrum der Stadt, erschossen und so geht es weiter. Dies ist der Beitrag der kurdischen Zentralregierung für eine sogenannte politische Lösung, bzw. daß man also auch die politische Aktion und Interessensvertretung, die demokratische Interessensvertretung der Kurden, die bei Wahlen ermittelt worden ist, zunichte macht. Aber es sei hier der Vorwurf nicht nur gegen die italienische Regierung erhoben, mit Waffenlieferungen an den NATO-Partner

die Aggression gegen die Kurden zu unterstützen. Auch die Bundesrepublik Deutschland tut dies seit einiger Zeit. Erst vor wenigen Wochen ist in der wichtigen Sendung Monitor im ARD einiges sehr eindrucksvoll dargelegt worden. Praktisch ist es so, daß seit 1990 von der Bundesrepublik Deutschland an die Türkei folgendes geliefert worden ist: 240 Leopardpanzer, 13 Phantomkampfflugzeuge aus den Beständen der nationalen Volksarmee, 300 Schützenpanzer mit 600 Millionen Schuß, 256.000 Kalaschnikow mit 100 Millionen Schuß, 5.000 Maschinengewehre, 100.000 Panzerfäuste. Dies die Bilanz des Beitrages der Bundesrepublik Deutschland zur Lösung der Kurdenfrage. An diesem Punkt, werde Kolleginnen und Kollegen, glaube ich, ist ein Regionalrat wie der unsere - mit aller Bescheidenheit, denn wir wissen natürlich welche unsere politische Bedeutung ist, aber weil wir insgesamt gesehen doch den friedlichen Weg der Lösung von ethnischen Konflikten gehen - aufgerufen, einen Appell in Form dieses Begehrensantrages an die italienische Regierung zu richten, um die eigenen Gesetze einzuhalten und gegenüber der NATO, gegenüber dem Europarat, gegenüber dem Europäischen Parlament sich nachhaltig dafür einzusetzen, daß es zu einer politischen Lösung der Kurdenfrage kommt. Während es in Irak, in Kurdistan unter dem Schuttschirm der Vereinten Nationen insbesondere der USA, oberhalb des 36. Breitengrades nun möglich ist, daß die irakisch-kurdische Bevölkerung gewissermaßen eine autonome Selbstverwaltung im Sinne der Konzeption eines föderalistisch strukturierten Staates Irak einigermaßen genießen kann - es gibt auch da natürlich interne Querelen zwischen der Gruppe Talabani und Versani zum Leidwesen natürlich einer geschlossenen Vertretung des kurdischen Volkes -, sieht es im türkisch-Kurdistan wie gesagt sehr übel aus. Deswegen der Aufruf des Regionalrates eine internationale Kurdenkonferenz einzuberufen, um die Möglichkeiten einer politischen Lösung auf breiter internationaler Ebene zu sondieren. Nicht zuletzt deshalb, weil erst vor wenigen Wochen in den Niederlanden das Exilparlament Kurdistans eingesetzt worden ist, in denen demokratisch gewählte Vertreter und Abgeordnete sitzen, die die Flucht aus dem eigenen Lande allerdings antreten mußten. Ich glaube, das internationale Gewissen ist gefordert - der demokratische Staat Italien ist es ebenfalls - einen kleinen Anstoß in diese Richtung für eine politische Lösung der Kurdenfrage zu geben. Ich hoffe in diesem friedlichen Sinne - im Sinne einer Dialoglösung des kurdischen Problems - daß es für diesen Begehrensantrag seitens der Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Hause einen großen Zuspruch geben möge. Danke, Herr Präsident.

PRESIDENTE: La parola al cons. Pinter.

PINTER: Credo che non si possa che esprimere un pieno appoggio a questa mozione, perché tocca, come ha toccato quella a suo tempo presentata dal cons. Benedikter, due situazioni che credo siano tra le più vergognose alle quali il mondo è costretto purtroppo ad assistere, nel senso che assieme alla Cecenia credo che il Kurdistan rappresenti due grandi vergogne per il mondo occidentale, per alcuni versi molto di più di quanto non lo sia la tragedia, se anche molto più grande, dell'ex Jugoslavia, dove certamente le forze dell'occidente hanno favorito o permesso il protrarsi di un conflitto, ma sono senz'altro

meno direttamente responsabili di quanto non lo siano rispetto alla situazione del Kurdistan e della Cecenia. Perché sono responsabili? Il cons. Frasnelli ha giustamente ricordato una serie di dati, nei quali emerge sia la fornitura militare da parte dell'Italia, ma soprattutto la fornitura militare garantita dalla Germania, anche se la Germania di tanto in tanto sospende le forniture militari per sopire le proteste dell'opinione popolare, però queste sospensioni durano soltanto di solito poche settimane e di fatto i dati riportati, cioè circa 300 carri armati Leopard, 45 bombardieri Phantom, 250 mila Kalasnikoff e 100 mila missili anticarro sono un'enorme fornitura militare. Accanto a questa c'è da aggiungere quel filo privilegiato che congiunge il regime turco con gli Stati Uniti d'America, Washington nel '93 ha concesso alla Turchia più di 100 carri armati, 600 veicoli blindati e 70 pezzi di artiglieria, questo ovviamente a fronte dell'impegno di non utilizzarlo nelle repressioni interne da parte del regime turco, però la recente invasione nel territorio iracheno con l'obiettivo di colpire le zone di resistenza della guerriglia curda hanno in realtà dimostrato un ampio utilizzo di tutti i mezzi militari, che sono gli stessi mezzi forniti dai paesi occidentali; tra le altre cose occorre qui ricordare che questo intervento, a quanto si dice da fonti bene informate, è stato reso anche possibile dalle foto aeree offerte da rilevatori dell'aviazione francese, scattate dalla Royal Air Force, dai Jaguar francesi e anche da un aereo della NATO e questo perché, tutto sommato, mentre formalmente si protesta per l'intervento turco, in realtà si cerca di favorire una veloce operazione, solo che ormai le veloci operazioni, quelle che dovevano essere compiute anche in Cecenia, si stanno dimostrando delle lunghe guerre e tutto sommato l'intervento turco in Kurdistan si sta dimostrando un fallimento anche dal punto di vista militare, un fallimento che porta però con sé sempre un enorme tragedia umana, perché sono migliaia le vittime e sono per lo più civili, quindi anche la presunta dichiarazione di colpire obiettivi militari si è tradotta in un ingiustificato massacro di forze civili. E' la stessa cosa che sta continuando a succedere in Cecenia, dove l'esercito russo, purtroppo con il silenzio connivente delle forze occidentali, che sono andate ad assistere alla parata militare del governo russo a Mosca e non hanno alzato la loro voce minimamente per protestare contro questo mostruoso massacro che sta continuando in Cecenia, che doveva durare anche lì pochi giorni e che in realtà si sta dimostrando, più diventa un fallimento militare e più è enorme il peso in termini di vittime che occorre sopportare.

Su questa questione del Kurdistan c'è da dire che purtroppo soltanto tre paesi, vale a dire la Germania, la Norvegia e i Paesi Bassi, hanno deciso di sospendere la vendita di armi di fronte a questo intervento, però nessuno stato ha chiesto che il Consiglio di sicurezza dell'ONU si pronunciasse contro questa grave violazione del diritto internazionale, per cui il sistematico impegno delle forze internazionali, rispetto a situazioni che loro ritengono a loro rischio, non ha come corrispondente un adeguato e coerente impegno laddove effettivamente la violazione del diritto internazionale e dei diritti umani è estremamente e manifestamente pesante e chiara.

Allora non posso che denunciare la contraddizione, l'incoerenza e la vergognosa connivenza delle forze occidentali e delle forze che purtroppo siedono anche all'ONU nel non essere intervenuti con forza e decisione rispetto a tale questione; lo so

che hanno in qualche modo minacciato di non ratificare il trattato di unione doganale, ma la Turchia non sembra più di tanto spaventata, perché era come gli interventi quando si minacciava Israele se continuava a persistere con determinate politiche e poi in definitiva gli aiuti militari ed economici giungono puntuali malgrado le ripetute violazioni.

Ripeto, da parte dei paesi occidentali c'è una sostanziale copertura di questo intervento, senz'altro si spera che sia breve, ma di fatto breve non lo è stato e non lo è, in quanto, ripeto, l'enorme spiegamento delle forze militari che hanno permesso di distruggere 2000 villaggi e migliaia di ettari, anche di foresta rispetto a queste aree, sta veramente continuando e tutto ciò è aggravato dal fatto che, essendo una zona dove l'Iraq non può intervenire militarmente, era una cosiddetta zona di cuscinetto e di fatto è terra di nessuno, i curdi sono lasciati a loro stessi e ovviamente la Turchia punta ad avere un'occupazione di carattere militare e di controllo di quella vasta area.

Pertanto credo che non si possa che sostenere il contenuto di questa mozione, anche perché ricorda giustamente quella che è la responsabilità del governo italiano nell'aver autorizzato la fornitura di automezzi e di veicoli militari e credo che, dobbiamo unitamente come abbiamo fatto nel caso della Cecenia, unire la nostra ferma protesta, anche se purtroppo non otterrà grandi risultati, verso questo avverso, silenzioso e pesante, silenzioso nel senso del non intervento delle forze internazionali, intervento che si sta ancora una volta manifestando contro il popolo curdo, che purtroppo è quello tra i più colpiti di questo secolo.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter. Ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Ich möchte eigentlich - es ist ja selten, daß es vorkommt - dem Abg. Frasnelli und den anderen Abgeordneten zu diesem Beschlußantrag gratulieren und in dieser kurzen Zeit nur feststellen, daß an sich nicht viel hinzugefügt werden muß, wenschon nur, daß am 20. Januar dieses Jahres der Regionalrat einstimmig einen Beschlußantrag genehmigt hat, damit Italien sich im Rahmen der Europäischen Union usw. einsetze und Rußland bzw. Jelzin die Verfassung einhalte. In der russischen Verfassung steht nämlich, daß Menschenrechte, Selbstbestimmungsrecht und alle diesbezüglichen völkerrechtlichen Abkommen auch in Rußland gelten. Das steht alles in der russischen Verfassung und das ist verletzt worden. Das hat der Regionalrat festgestellt und den Wunsch geäußert, Italien möge sich dementsprechend einsetzen. Ich möchte nur kurz erwähnen, was daraus geworden ist: Ich bin dann, in Zusammenhang mit dieser Resolution des Regionalrates, die ich eingebracht habe, zu einem Treffen eingeladen worden, als der Außenminister Tschetscheniens in Deutschland zu Besuch war und habe dort dann bezugnehmend auf die Resolution - ich habe sie auch an alle Regionalratsmitglieder verteilt - vorgeschlagen, daß - es war gerade Mittwoch in der Karwoche - dieser arme Außenminister eine Botschaft an die italienische Außenministerin schickt, sie möge dem Kosyrew, der am Gründonnerstag nach Rom gekommen ist, doch einiges sagen, was Menschenrechtsverletzungen usw. anbelangt. Und diese Botschaft ist an die Susanna Agnelli geschickt worden und was dann im Treffen

mit dem Außenminister herausgekommen ist, weiß ich nicht. Ich habe allerdings darauf bestanden, daß ich womöglich mit dem Außenministerium und mit der Susanna Agnelli zusammenkomme. Gelungen ist dann nur eine Zusammenkunft mit dem Vizegeneraldirektor des Außenministeriums, weil die Außenministerin Susanna Agnelli dauernd auf Weltreise ist. Bei dieser Gelegenheit ist herausgekommen - und ich habe dann das, was dort herausgekommen ist, dem tschetschenischen Außenminister wieder nach Istanbul gefaxt, wo er sich im Exil befindet -, daß Italien sagt: Wir nützen jede passende Gelegenheit, um Rußland darauf aufmerksam zu machen, daß es seine eigene Verfassung und die Menschenrechtsverpflichtungen, die es eingegangen ist und die auch in der Verfassung drinnen stehen, verletzt hat, aber wir dürfen um Gottes Willen nicht die Stellung vom guten Jelzin erschüttern, denn der ist noch die einzige Garantie, daß es in Rußland vielleicht demokratisch weitergeht und wir wissen ja, wie die Entwicklung läuft. Sie sind also von Herzen für die Tschetschenen, aber wie gesagt immer mit dieser Zurückhaltung, mit dieser wesentlichen Zurückhaltung und ich habe das mitgeteilt. Dieser Außenminister hätte gern gehabt, daß er von der italienischen Außenministerin wenigstens gut oder gleich gut wie in Deutschland empfangen worden wäre. Denn in Deutschland ist er auch nicht vom Außenminister empfangen worden, sondern nur vom höchsten Beamten unterhalb der Ministerebene. Er hätte gehofft in Italien auch gleich gut empfangen zu werden, um all dies persönlich geltend zu machen.

1993 waren Vertreter der Kurden und zwar der nordirakischen kurdischen Partei, ich glaube auch der Vizeobmann der nordirakischen Kurdenpartei, in Bozen und da hat sich die Südtiroler Volkspartei auch damit befaßt und hat Zusicherungen gegeben. Ich war dann auch einmal mit ihm zusammen und er hat mich eingeladen, ich solle nach Nordirak in die Hauptstadt kommen und dort einen Vortrag über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes halten, das den Kurden gleich gut wie den Südtirolern zusteht. Es ist dann nicht dazu gekommen, weil der Saddam Hussein immerhin soviel Macht hat, daß er solche Einreisen, bzw. solche nicht genehmigte Einreisen verhindern kann. Es war jüngst wieder einer dieser Kurden in Bozen da und ich war zu einem solchen Abendvortrag eingeladen und war mit anderen mit dabei und habe die Frage gestellt: Man wundert sich, daß die Kurden, die ja 12 Millionen in der Türkei und insgesamt runde 20 Millionen zwischen Türkei, Nordirak und Iran sind, abgesehen von den 300.000, die Flüchtlinge in der ehemaligen Sowjetunion sind, daß diese bis auf heute irgendwie nicht imstande gewesen sind, das Selbstbestimmungsrecht nicht nur zu verlangen, sondern auch durchzusetzen. Das sind immerhin 20 Millionen Leute und in der Türkei selber sind es 10 oder 12 Millionen, je nachdem wie man das berechnet. Und die Türkei, wo ungefähr ein gutes Drittel der Bevölkerung oder rund ein Drittel der Bevölkerung einem anderen Volk angehören, könnte sagen: Gut, so wie die eigentlichen Türken sind auch die Kurden Bestandteil des türkischen Staates und wir anerkennen sie als Bestandteil und machen aus unserem Land einen Bundesstaat. Man versteht nicht, warum das nicht möglich sein sollte und warum statt dessen in der türkischen Verfassung, wie der Kemal Atatürk sie damals nach dem Ersten Weltkrieg verfaßt hat, von einer Staatsnation oder Nation der Staatsangehörigen die Rede ist. Da steht im Artikel 66 der türkischen Verfassung: Türke ist jeder, der mit dem türkischen

Staat das Band der Staatsangehörigkeit eingeht - also wer türkischer Staatsbürger sein will, ist Türke und darf nichts anderes sein -. Es darf nicht der ein Türke und der andere Kurde sein, obwohl die Kurden wie gesagt, zwischen 25 und 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen, während die Südtiroler nur 0,5 Prozent der Bevölkerung des italienischen Staates sind. Das ist ein bißchen ein Unterschied. Aber das steht in der Verfassung: Wer türkischer Staatsbürger sein will, der ist Türke - Artikel 66. Das bedeutet, daß in der Verfassung selber die Assimilation verankert wird und daß die Unterdrückung der ethnischen Identität der kurdischen Minderheit in der Verfassung verankert ist. Diese Minderheit ist immerhin eine 30 prozentige Minderheit und wir wissen - Abg. Frasnelli hat es gesagt - warum der Westen seinerzeit dem Kemal Atatürk freien Lauf gelassen hat: als Gegengewicht im Nahen Osten für die Sowjetunion und dieses Gegengewicht hat doch jetzt, möchte man meinen, an Bedeutung verloren, sodaß auch der Westen und damit auch die Europäische Union und selbstverständlich in erster Linie auch Italien sich dafür einsetzen könnten, daß diese 12 Millionen - und das ist doch keine Kleinigkeit - im Rahmen des Staatsverbandes als zweites Staatsvolk der Türkei anerkannt werden und ihr Selbstbestimmungsrecht auch anerkannt wird. Denn soviel man weiß, wären die Kurden der Türkei bereit, auch einen solchen Staatsvertrag oder Bundesvertrag oder wie man es nennen soll, einzugehen. So wie der Außenminister der Tschetschenen es auch erklärt hat: sie wären bereit einen Vertrag mit der russischen Föderation einzugehen, ähnlich wie der Vertrag zwischen Tatarstan und Rußland, wo als Bundesstaat mehr Rechte zuerkannt werden als in der russischen Verfassung an sich vorgesehen wäre. Und sie wären bereit dazu, nur verlangen sie, daß nicht Wahlen unter der Kontrolle der Armee und der Polizeieinheiten Rußlands stattfinden, sondern echte freie Wahlen. Deswegen bin ich selbstverständlich der Ansicht, daß wir schon unbedingt diesen Begehrensantrag genehmigen sollten, ihn allerdings dann auch in Rom beim italienischen Außenministerium in erster Linie und auch im Parlament weiterverfolgen sollten, damit sich etwas diesbezüglich tut, sodaß Italien seinen Verpflichtungen und seinem Menschenrechtsprogramm, seinem Programm zur Verwirklichung der Menschenrechte einschließlich des Selbstbestimmungsrechtes in der ganzen Welt und ganz besonders hier im Mittelmeerraum eben nachkommen kann.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Benedikter.

Der nächste Redner ist der Abg. Montefiori. Die Frau Kury haben wir vorgemerkt. Abg. Passerini auch.

Abg. Montefiori jetzt.

MONTEFIORI: Grazie, signor Presidente. Ritengo che quando uno di noi è favorevole a una mozione o a un voto di uno più colleghi, probabilmente dovrebbe rinunciare a fare partecipe all'aula delle sue conoscenze culturali più o meno vaste e quindi facendo appello anche a quello che ha detto ieri il Presidente, ricordando che abbiamo 38 punti all'ordine del giorno, mi limiterò a consumare non 20 minuti per dire di sì, perché credo che, se stamattina abbiamo assistito a una cosa aberrante, è aver sentito due persone fino adesso che per dire 'sì, approvo', hanno fatto perdere 40 minuti all'aula. Quindi dirò sì,

mi compiaccio con il cons. Frasnelli, che non solo questa volta, ma anche altre, ha avuto delle buone idee, soprattutto in questo caso sono favorevole. Grazie.

PRÄSIDENT: Das war jetzt vorbildlich kurz.
Der nächste Redner ist Abg. Passerini.

PASSERINI: Grazie, Presidente. Io invece utilizzerò il mio tempo, perché l'argomento è serio, importante e non può essere sbrigato in due battute, stiamo parlando di una tragedia, di fronte alla quale i colleghi consiglieri hanno proposto un Voto rivolto al Governo italiano, quindi non una chiacchierata fra di noi, è un Voto rivolto al Governo italiano e come tale è un atto importante di quest'aula consiliare che va sostenuto da chi ritiene di sostenerlo in modo proporzionato all'obiettivo che si vuole conseguire. Stiamo parlando di una guerra che insanguina da 15 anni la Turchia, una guerra che sta colpendo una minoranza ed è giusto che da una regione come la nostra, che ha sperimentato attraverso decenni di fatiche e anche di sofferenze un modo di convivenza civile tra le minoranze, venga un appello forte al Governo italiano, perché esso in questa fase, assieme ad altri governi occidentali, si sta rendendo corresponsabile di questa guerra, questo è il dato politico, è corresponsabile di questa tragedia, non è una perdita di tempo la nostra perché, se i nostri rappresentanti a livello nazionale sono corresponsabili di questa tragedia, è giusto che da un'aula come questa arrivi loro un chiaro monito e una chiara protesta. Da questo punto di vista credo che sarebbe opportuno, ad esempio, che da parte di quest'aula fosse rivolto un appello ai nostri parlamentari, trentini e altoatesini, affinché sostengano nella sede romana non solo questo Voto, ma adottino altre iniziative per far sì che il Governo italiano cessi di rendersi corresponsabile di tutto questo.

I dati forniti anche successivamente dal cons. Frasnelli sono drammatici ed eloquenti, stiamo parlando di rappresentanti del popolo uccisi, di giornalisti uccisi, di prigionieri politici che scompaiono, stiamo parlando di una guerra dove per bocca dello stesso governo turco l'impiego in termini di spesa è di un miliardo di dollari al mese, queste sono informazioni recenti, quindi stiamo parlando di qualcosa che davvero tocca alla radice la democrazia politica e la Turchia è un paese nostro alleato e laddove i nostri alleati si comportano in modo incivile, antidemocratico e violento è giusto che la protesta si alzi e l'indignazione sia forte, non possiamo tacere o fare finta che tutto questo non esista.

E questo ce lo insegna l'esperienza di Amnesty International, che di fronte alle tragedie internazionali le pressioni come le cartoline, le lettere, gli articoli, i Voti delle assemblee legislative servono, non è vero che non servono queste cose, lo sappiamo proprio dall'esperienza di Amnesty International come le lettere di protesta mandate da tanti cittadini di fronte a prigionieri politici servono per liberare prigionieri politici, quindi anche l'atto che ci stiamo accingendo in qualche modo ad assumere ha un valore politico concreto e non dobbiamo sottovalutarlo.

Quindi la pressione internazionale serve molto e tanto più può servire se accompagnata da un'iniziativa parlamentare, da questo punto di vista rivolgo davvero al

cons. Frasnelli, primo firmatario, un appello affinché mobiliti i parlamentari per sostenere questa nostra iniziativa.

Un ultimo aspetto: credo che la vicenda turca dimostri quanto il commercio internazionale delle armi abbia un peso enorme in queste vicende, i dati forniti dai proponenti il Voto sono eloquenti, il cons. Pinter ne ha ricordati degli altri, il commercio internazionale delle armi favorisce le guerre, dobbiamo fare sì che questa vergogna cessi, dobbiamo fare tutto il possibile, impedire che il Governo italiano fornisca armi a governi che sono antidemocratici e repressivi delle libertà e dei diritti civili ed anche nel nostro piccolo dobbiamo agire da questo punto di vista e dobbiamo impedire che l'ente pubblico finanzia la produzione di armi, che non sappiamo dove vanno a finire, oppure sappiamo vanno a finire a finanziare le guerre di questi governi nostri alleati che opprimono in modo sanguinoso le minoranze.

Avremo modo di discutere in altre sedi di questo problema, però non si può parlare di difesa delle minoranze che sono oppresse dai governi, se non si affronta seriamente il problema del commercio internazionale delle armi, della produzione, della vendita, dell'utilizzo delle armi e non possiamo nasconderci di fronte al fatto che le armi possono servire sia per la difesa dei diritti giusti, ma possono anche disgraziatamente essere utilizzate per reprimere le minoranze. Questo non è più sufficiente, bisogna davvero chiedere regole più severe, bisogna impedire che questo commercio in ogni modo vada a finanziare queste vergognose guerre.

Detto questo concludo rinnovando il sostegno e l'apprezzamento per questa iniziativa, perché ci ricorda che la Turchia, così come altri paesi, non è solo un luogo turistico, un luogo che si sta sviluppando economicamente, ma un luogo dove ogni giorno qualcuno muore per difendere la libertà e i diritti civili.

PRÄSIDENT: Frau Abg. Kury jetzt haben Sie das Wort. Bitte schön.

KURY: Danke schön, Herr Präsident.

Wie könnte man nicht für diesen Beschlußantrag sein. Natürlich sind wir dafür und wir sind auch froh darüber, daß dieser Beschlußantrag uns in diesem Saal Gelegenheit gibt, unseren Unmut und unsere Bestürzung darüber auszudrücken, was sich täglich...

(Unterbrechung - interruzione)

PRÄSIDENT: Bitte das Mikrophon ein bißchen in Mundrichtung zu halten. Ich habe das Gefühl, daß man nichts hört.

KURY: ...was sich täglich in Kurdistan ereignet. Geht es jetzt? Wir sind auch froh darüber, da die Berichte in den Medien häufig verstellt sind und auch in den Medien diese Scheinmoral der Türkei zum Teil zum Ausdruck kommt und wir wissen ja, daß die Berichterstattungen über die Greuel, die sich dort ereignen, oft mit großen Gefahren verbunden sind. Wir wissen, daß Journalisten oder engagierte Redakteure verschwinden

und daß deshalb alle Leute, die sich bemühen, innerhalb der Türkei Klarheit und Aufklärung über die Greuel zu verbreiten tatsächlich in Todesgefahr sind. Wir erleben eine Eskalation der Gewalt. Wir wissen, daß schon jahrzehntelang die Kurden unterdrückt sind und nach einer ausgeklügelten Propagandakampagne der Türken gegen die Kurden sich die Stimmung und die Gewalt so verstärkt hat, daß es in letzter Zeit vermehrt zu militärischen Übergriffen mit unendlicher Aufwendung der Miliz gekommen ist. Nur im Jahre 1994 wurden von türkischen Sicherheitskräften und der Armee über 1.400 kurdische Dörfer zerstört. Wir wissen von mindestens 2 Millionen Menschen, die auf der Flucht sind. Wahrscheinlich ist die Zahl bedeutend höher. Jeder von uns kann sich ausmalen, in welcher Situation sich diese kurdischen Flüchtlinge innerhalb der Türkei befinden. Wir wissen, daß nicht nur Menschen unendliches Leid angetan wird, sondern daß der Kampf auf allen Ebenen fortgesetzt wird, daß in diesem Kampf der Türken gegen die Kurden auch eine massive Umweltzerstörung eingebunden ist. Es sollen nach Angaben der von türkischen Zeitungen an die 12 Millionen Hektar Wald verbrannt worden sein, darunter 10 Millionen Hektar allein in Ostanatolien. Damit soll systematisch die Lebensgrundlage für das kurdische Volk zerstört werden. Ich glaube, wir haben die Aufgabe und Pflicht alles zu tun, was wir können, damit dieser niederträchtige und grausame Krieg nicht weitergeht. Es geht um das Leid, daß dadurch über die Menschen kommt, aber auch daß es heutzutage in einem Land, daß immer mehr nach Europa schaut, noch möglich ist, daß die Menschenrechte und die demokratischen Grundrechte mit Füßen getreten werden - alle wissen ja von der Geschichte von den 8 Abgeordneten, daß zu Tode verurteilt wurden und jetzt in der Haft sitzen -. Wir dürfen nicht zusehen, daß die totale Umweltzerstörung systematisch weiterbetrieben wird und nicht zuletzt auch wegen des finanziellen Aufwandes dieses Krieges, der einen Staat wie die Türkei, der an und für sich schon ein armer Staat ist, in den Bankrott treibt. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert glaube ich, kann man nicht ein Volk und eine ethnische Minderheit daran hindern, daß sie die Menschenrechte verlangen. Der Kampf ist allerdings oft mit großem Leid verbunden und wir sollten deshalb dazu beitragen, daß dieser Kampf verkürzt wird und daß einem Volk die Rechte nicht mehr verwehrt werden. Insofern ein ganz deutliches Ja zu diesem Begehrensantrag.

PRÄSIDENT: Meldet sich noch jemand zu Wort?

Ja, bitte die Abg. Chiodi und dann andere.

CHIODI: La ringrazio, Presidente. In maniera molto sintetica dico che anche noi appoggeremo questo Voto, che ci dà anche l'opportunità di poter discutere di una tragedia che da anni stiamo assistendo, che si è acuita negli ultimi tempi, negli ultimi mesi e che anche sulla stampa e in televisione va sempre in secondo piano, come se noi ci fossimo abituati a vedere questo popolo continuamente martoriato, abbiamo ricominciato a sentire parlare di curdi in questi giorni in maniera un po' più frequente sulla stampa e alla televisione, perché questo popolo disperato, con altri emigrati, sta arrivando in misura anche abbastanza forte, sulle coste del nostro paese. Allora credo

che però non possiamo diventare sensibili al problema del popolo curdo come fa molte volte l'opinione pubblica, ricordo che anche in passato ce ne siamo occupati in questo Consiglio, perché credo che sia giusto che con un Voto come questo sollecitiamo lo stato italiano a intervenire fortemente.

Leggendo questo Voto, rileggo cose che in parte avevo dimenticate, ci eravamo occupati del popolo curdo ai tempi dell'Irak, tanto per dire, però rileggendo questi dati sulla collaborazione, sull'intervento che l'Italia fa con un paese amico come la Turchia sulla vendita di armi, che è uno dei problemi che ogni tanto ritornano nei nostri Consigli, nei nostri confronti politici, che però vengono abbandonati e messi in un cassetto.

Credo che invece sia giusto e davvero importante che incominciamo a chiedere allo stato italiano di prendere una posizione forte di rispetto di questo popolo, che è diviso in più stati, che è stato davvero martoriato. Credo sia anche giusto riprendere una parte dell'intervento fatto dal collega Passerini per dire che dovremmo chiedere ai nostri rappresentanti presso il Governo italiano che questo Voto sia un Voto che fanno proprio e che sia una presa di posizione che fortemente devono tenere alta e devono portare avanti nel loro lavoro di Governo, perché credo che questi dati siano davvero allarmanti, non possiamo occuparci, come succede molte volte, di tragedie e di guerre come quelle che stanno succedendo nella ex Jugoslavia, però non dobbiamo dimenticare che questa è una situazione che va avanti da decenni e di conseguenza votiamo questo Voto con forza e con altrettanta forza chiediamo, il gruppo del SVP ha dei rappresentanti in Parlamento, che i rappresentanti di questa forza politica si facciano promotori di non solo fare vedere che questo Voto sia rispettato, ma anche di sostenerlo e portarlo a conoscenza e portarlo dove questo Voto possa ricevere delle risposte vere e che non venga abbandonato in un cassetto, perché credo che quando parliamo del rispetto di una vita, del rispetto di un ruolo che il nostro paese deve avere, dobbiamo crederci e dobbiamo sostenerlo con forza.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Leitner. Er hat das Wort. Dann Abg. Di Puppo, Abg. Gasperotti...

LEITNER: ...Ganz kurz, Herr Präsident nur um zu sagen, daß ich selbstverständlich diesen Begehrensantrag unterstützen werde und auf das verweisen möchte, was wir einfach aus Gewohnheit wegstecken oder wo wir überall wegsehen. Es gibt immer wieder einen neuen Krieg, sodaß man auf den vorhergehenden nicht mehr so schaut. Leider Gottes wird diese Auseinandersetzung mit den Kurden nicht nur in der Türkei ausgetragen, sie sind auch, wie hier gesagt worden ist, auf mehrere Staaten aufgeteilt, über Jahre schon werden sie verfolgt, wie kaum ein anderes Volk in der Geschichte. Es hat nie einen Staat Kurdistan gegeben und wenn jetzt die Kurden eine politische Lösung suchen, so ist diese auf alle Fälle zu unterstützen. Ich bin der Meinung, daß nur eine politische Lösung auch ein Ende dieser kriegerischen Auseinandersetzung mit sich bringen kann. Vor zwei Jahren war in Bozen eine Tagung, die vom Landesrat Bruno Hosp organisiert worden war, wo ein Exilkurde mich (und viele andere Südtiroler auch)

das erste Mal aus erster Hand über die Situation der Kurden informiert hat. Und ich sage noch einmal, es ist eben traurig, wie leicht wir bestimmte Dinge wegstecken, wo wir wegsehen. Tschetschenien ist später gekommen. Das andere hat man schon wieder vergessen. In der Zwischenzeit taucht wieder ein Konflikt auf und dann wird auch Tschetschenien vergessen. Es ist leider traurig mitansehen zu müssen, wie wenig die Westeuropäer, die NATO, die westeuropäische Union, aber auch die UNO eigentlich als friedensstiftendes Instrument tun, um bestimmte Konflikte nicht aufkommen zu lassen bzw. alles tun, um sie dann auch wieder einzudämmen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur sagen, ich war selber in Nordostpreußen, also im heutigen Rußland, wo junge Russen nach Tschetschenien in einem Krieg gehen müssen, den sie nicht verstehen und sicherlich nicht freiwillig dort hingehen und dort das Leben lassen, wobei sie viel viel wichtigere Aufgaben hätten, ein Land, das zerstört ist, neu aufzubauen. Und hier zieht man wieder die jungen Kräfte weg. Ich bin dafür, daß man diese internationale Kurdenkonferenz machen soll, weil man dann eben auch von diesen Exilkurden, aber auch von verschiedener Seite ein Gesamtbild von dieser Situation bekommen kann. Hier sind Zahlen genannt, die vielleicht mittlerweile schon nicht mehr stimmen, vielleicht schaut es noch düsterer aus. Man kann nie genug darauf verweisen, daß auch wir unseren Anteil geben müssen, soweit wir demokratische Möglichkeiten haben, parlamentarische Möglichkeiten haben Voraussetzungen zu schaffen, damit auch die Kurdenfrage einer politischen Lösung zugeführt werden kann.

PRÄSIDENT: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Der nächste Redner ist Abg. Di Puppo. Er hat das Wort.

DI PUPPO: Stimati colleghi, se questo Voto poteva avere pari nobiltà in qualsiasi altro consesso regionale, qui nella nostra regione acquista un significato particolare di testimonianza, di coerenza con il nostro particolare statuto di autonomia, che poggia proprio le sue basi e le sue ragioni sul riconoscimento dei diritti delle minoranze, delle loro possibilità di sviluppo.

Desidero non solo esprimere il consenso e il voto del mio gruppo, ma anche la lode per quanti hanno firmato questo Voto, la lode perché hanno offerto la possibilità a questo Consiglio regionale di dibattere su un tema così stretto, così vicino alla storia anche della nostra terra.

Se per gli altri vi è obbligo di testimonianza civile, per noi vi è anche obbligo di testimonianza per la nostra storia e voglio qui informarvi che avevo presentato alla Giunta provinciale di Bolzano una proposta, che è stata accolta, di istituzione di un premio internazionale per singoli, per gruppi, per associazioni che si adoperino a livello internazionale per la ricomposizione di conflitti che riguardino le minoranze etniche. Questa proposta è stata accolta, è stato assegnato il compito alla Accademia europea di elaborare uno statuto di questo premio, la bozza dello statuto è già stata riconsegnata alla Giunta provinciale ed avremo occasione nei mesi prossimi di definirne i particolari, per cui in questo Voto vediamo piena coerenza con iniziative che anche in provincia di Bolzano sono state portate avanti e condivido pienamente anche la

proposta della collega Chiodi che questo Voto non si riduca ad un rituale, ma che diventi oggetto di effettiva azione non solo dei parlamentari del Trentino-Alto Adige, ma anche della Giunta regionale presso il Governo centrale, perché si faccia promotore di iniziativa politica, specialmente nei confronti di un alleato, di un partner, perché qui si abbia a recuperare il senso della civiltà, che è così solennizzato non solo nella nostra storia della regione Trentino-Alto Adige e delle due province autonome, ma che deve essere ormai il nuovo messaggio che parte dall'Europa, l'Europa che tende alla propria unificazione, per cui confermo che il PPI voterà questo voto. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke, Herr Abgeordneter.

Der nächste Redner ist Abg. Gasperotti. Er hat das Wort.

GASPEROTTI: Grazie, signor Presidente. Brevemente, la sensibilità di quest'aula su questo argomento mi sembra adeguata per i tempi e da aggiungere c'è poco, c'è da riconoscere il fatto che i colleghi Frasnelli ed altri abbiano proposto questo Voto e che questo sia stato proposto alla fine del 1994, cioè prima che si costituisca un governo curdo in esilio, che è avvenuto il giorno 11 aprile 1995 ad Amsterdam e lì in quell'occasione il rappresentante del Parlamento italiano e i rappresentanti dei gruppi politici hanno espresso il loro pensiero riguardo alla questione curda.

Voglio sottolineare solo quali sono le incongruenze o le osservazioni più evidenti da fare allo stesso Governo italiano e alla stessa NATO. Ci appare di enorme gravità il fatto che sia consentito ad un paese membro della NATO come la Turchia di invadere un paese confinante, portando morte e distruzione nei villaggi curdi, che sono - è inutile ricordarlo - sotto tutela delle Nazioni Unite; constatiamo amaramente come il nuovo ordine internazionale continui a basarsi sulla classica politica dei due pesi e due misure, quando si trattava di togliere la sovranità a Saddam Hussein sul Kurdistan iracheno si sono inviate truppe dell'ONU, stabilita una zona internazionale per iniziativa dei militari di Bagdad, quando invece si tratta di fermare le bombe assassine targate NATO e l'esercito di Ankara, la comunità internazionale si piega alla 'Realpolitik', chiudendosi nei suoi diritti negati. Oggi come ieri convinti come non ci sia differenza tra le bombe di Saddam Hussein e quelle della signora Chiller, sono tutte rivolte a negare l'esistenza di un popolo che chiede solo di vivere in pace sulla propria terra. Questa è l'affermazione fatta dalla compagna Angela Bellei, che rappresentava la delegazione di Rifondazione comunista a questo congresso del governo curdo in esilio. L'auspicio e l'impegno che vengono proposti da questa legge-voto vanno in questo senso e avranno sicuramente non solo l'approvazione di questa aula, ma anche iniziative popolari e di sensibilità della popolazione rispetto a questo argomento. Grazie.

PRÄSIDENT: Damit habe ich die Rednerliste erschöpft. Wenn sich niemand mehr zu Wort meldet, dann geben wir dem Ausschuß das Wort zur Replik.

Der Ersteinbringer zum Schluß.

Bitte schön, Herr Präsident Pahl.

PAHL: Ich will versuchen kurz zu sein. Der Ausschuß stimmt diesem Antrag natürlich, wie nicht anders zu erwarten ist, zu, jedoch mit einigen Präzisierungen. Wir bedauern genauso wie der Einbringer und die anderen Redner die schweren Menschenrechtsverletzungen und fordern die türkische Regierung auf, die Menschenrechte zu achten. Das ist ein entscheidendes Merkmal für einen Rechtsstaat, der wie bekannt in die europäische Union strebt, wenn auch derzeit mit wenig Aussichten. Die europäische Union hat aber eine Zollunion mit der Türkei geschlossen und hat in einer Stellungnahme des europäischen Parlaments vom 5. April 1995 bedauert, daß die Menschenrechtsverletzungen unmittelbar nach dem Abschluß dieser Zollunion, die unterzeichnet worden ist, verstärkt weitergegangen sind. Wir wissen, daß die Türkei prinzipiell wenigstens ein Land ist, daß auch westliche Lebensvorstellungen hat und darum erwarten wir vom türkischen Parlament und von der türkischen Regierung, von der türkischen Polizei, daß die Menschenrechte geachtet werden und daß Mahnungen sie einzuhalten nicht als Einmischung in die internen Angelegenheiten angesehen werden. Die Frage der Menschenrechte hat einen internationalen Rang und internationale Gültigkeit und ist nicht allein Angelegenheit eines Staates. Wie Abg. Benedikter bereits sagte, enthält leider auch die heutige noch geltende türkische Verfassung keine formale Anerkennung des kurdischen Volkes. Wie Abg. Benedikter weiters gesagt hat, müßte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß die Türkei mit einer entsprechenden, ausreichenden, politischen und kulturellen Autonomie zumindest in ihrem eigenen Gebiet die Kurdenfrage positiv löst. Wir bedauern, daß bereits die geringsten Versuche einer Diskussion über die Anliegen des kurdischen Volkes in der Türkei als Separatismus bestraft werden und daß Journalisten, Studenten und natürlich vor allem die Kurden selbst, aber auch türkische Staatsangehörige also Türken selbst Verfolgungen ausgesetzt sind, wenn solche Diskussionen geführt werden. Was die Waffenlieferungen anbetrifft, so sind sie natürlich zunächst einmal verständlich und eigentlich auch eine Pflicht im Rahmen der NATO. Die Staaten der NATO müssen sich gegenseitig aushelfen, aber es muß eine selbstverständliche Bindung, eine Forderung sein, daß sie nicht gegen die Kurden eingesetzt werden. Nachdem dies nachgewiesenermaßen der Fall ist, sind die Staaten auch aufgefordert, keine zu liefern, solange das nicht sichergestellt ist. Dies ist als Forderung übrigens auch im Beschluß des europäischen Parlaments vom 5. April 1995 enthalten, wo gesagt wird, daß vorerst bis zur Klärung der Angelegenheit keine militärischen Ausrüstungen in die Türkei geliefert werden, wenn sie zur Verfolgung der türkischen Bevölkerung mißbraucht werden. Dies war z.B. auch der Fall beim Einmarsch in Nordirak.

Westeuropa: Die europäische Union und wir natürlich auch als Teil der europäischen Union und als Rechtsstaat haben größtes Interesse, daß die Bindungen mit der Türkei natürlich aufrecht erhalten bleiben und daß ein Dialog geführt wird, aber ohne Verschleierung der Menschenrechtsverletzungen. Die Diskussion mit der Türkei muß gerade in bezug darauf geführt werden, daß es unser Anliegen ist, die Türkei in westliche Vorstellungen von Menschenrechten einzubinden und sie nicht daraus zu entlassen. Wir beteuern andererseits - und das kommt als Präzisierung hinzu, aber ich glaube, das wird sowieso von allen geteilt -, daß wir zugleich alle terroristische Akte

ablehnen, die von kurdischen Gruppen in Europa verschuldet werden, sei es über die PKK, die inzwischen aus genau diesen Gründen in Deutschland verboten ist - und verboten sind auch Nachfolgeorganisationen der PKK wie die sogenannten kurdischen Büros, die in Bayern, aber auch anderswo verboten worden sind -, sei es über andere Organisationen. Von jedweder Seite sind terroristische Akte zu verurteilen, umso mehr wenn sie sich gegen unschuldige Personen richten und gegen Einrichtungen, die ihrerseits keine Schuld an Menschenrechtsverletzungen haben. Was die internationale Konferenz betrifft, so wäre das sicher eine sehr wichtige politische Maßnahme, wenn sie zustande käme, weil damit zum ersten Mal nicht nur die Kurdenfrage in der Türkei, sondern auch in Syrien, in Irak und in Iran zur Sprache kommen könnte. Die Kurden sind ein großes Volk, das im 20. Jahrhundert nur sehr kurze Zeit über einen eigenen Staat verfügt hat. Der kurdische Terrorismus ist grundlegend auf diesen Umstand der Verweigerung eines eigenen Staates bzw. autonomer Rechte zurückzuführen. Andererseits um der Wahrheit die volle Ehre zu verschaffen, müssen wir auch bedauern, daß die innerkurdischen Auseinandersetzungen vor allem in Nordirak zu Menschenrechtsverletzungen durch Schuld der eigenen Fraktionen geführt haben. Was den Nordirak betrifft, so ist das jetzt nicht Gegenstand dieses Beschlußantrages. Die Amnesty-International beklagt in einer Stellungnahme vom 3. März 1995, daß die türkischen politischen Parteien in Nordirak schwere Menschenrechtsverletzungen verschuldet haben - die einen gegen die anderen - Folterungen, Hinrichtungen von entwaffneten Gefangenen bei militärischen Auseinandersetzungen, aber auch unabhängig davon. Und bedauerlicherweise entwertet dies derzeit die politische Glaubwürdigkeit der autonomen türkischen Verwaltung in Nordirak, die als Schutzzone gegen Saddam Hussein, der die Kurden schwer verfolgt hat, eingerichtet worden ist. Gerade in der Glaubwürdigkeit der Anliegen der Kurden, die eine volle Berechtigung haben, muß man auch ihnen gegenüber das gleiche Maß an Forderung richten, aber das betrifft Nordirak und nicht direkt den Beschlußantrag. Dies vorausgeschickt, unterstützt der Ausschuß selbstverständlich diesen Beschlußantrag und erwartet sich einen breiten Konsens der Parteien dieses Hauses.

PRÄSIDENT: Jetzt kann der Einbringer replizieren.
Bitte schön, Abg. Frasnelli.

FRASNELLI: Kurz, Herr Präsident.

Ich möchte mich auch im Namen meiner Miteinbringerinnen und Miteinbringer für die Sensibilität bedanken, die die verschiedenen Kolleginnen und Kollegen quer durch die politische Lage im Interesse des kurdischen Volkes an den Tag gelegt haben. Ich glaube, eines ist zum Ausdruck gekommen: Die Zeit ist einfach reif, daß sich die Einsicht durchsetzt, daß eine militärische Lösung der Kurdenfrage nicht möglich ist. Auf beiden Seite möge diese Einsicht reifen, daß mehr Menschenrechte gewährleistet werden müssen und natürlich auch der Schutz des kurdischen Volkes notwendig ist. Gerne nehme ich die Anregungen an und gebe sie an das Präsidium des Regionalrates und an die Regierung weiter, daß wir es nicht mit der Verabschiedung

dieses Beschlusses belassen sein lassen dürfen. Ich würde meinerseits das Präsidium des Regionalrates ersuchen, diesen Beschlußantrag natürlich der italienischen Regierung, anderen Regionalräten, aber auch dem kurdischen Exilparlament in Amsterdam zukommen zu lassen. Ich ersuche die Vertreter der verschiedenen Parteien den Inhalt dieser Motion oder die Motion auch an ihre staatlichen Zentralen in Rom weiterzuleiten, damit hier eine breitere politische Aktion entstehen kann. Für unseren Teil wird das Papier sicherlich an die Parlamentarier Südtirols und des Trentino ergehen. Ich ersuche schließlich auch den Regionalausschuß, die von einem Kollegen angesprochene politische Aktion in Rom als Institution Regionalregierung zu betreiben und auch noch das Präsidium des Regionalrates den Inhalt dieses Beschlußantrages an Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty-International und Gesellschaft für bedrohte Völker zuzusenden. Gerne also danken wir für die Anregungen dieser Art. Im diesem Sinne bitte ich um ein breites Votum. Danke, Herr Präsident.

PRÄSIDENT: Danke. Vorbehaltlich der Zustimmung werden wir diesem Anliegen Rechnung tragen und eine möglichst internationale Verbreitung dieses Dokumentes vornehmen.

Und jetzt kommen wir zu den Stimmabgabeerklärungen. Vorgemerkt hat sich die Frau Abg. Klotz. Bitte schön, fünf Minuten.

KLOTZ: ...diesem Recht Gebrauch machen, weil gemäß Artikel 116 ja nur ein Abgeordneter pro Fraktion reden darf in der Generaldebatte. Es ist dies eine sehr wichtige Maßnahme. Es geht immerhin um nichts Geringeres als um Völkermord und um einen Verzweiflungskampf eines Volkes, das ohne Staat lebt, obwohl es eine große Anzahl an Mitgliedern aufzuweisen hat. 20 bis 30 Millionen sind es insgesamt wenn man alle jene dazurechnet, die im Exil irgendwo in Europa oder in der übrigen Welt leben. Es hat verschiedene Möglichkeiten gegeben sich auch in Südtirol mit dem Problem, vor allem Dingen mit dem Selbstbestimmungsproblem dieses Volkes auseinanderzusetzen, das einmal in der Geschichte bereits einen Staat gehabt hat für ganz kurze Zeit und das eben seitdem um seine Wiedervereinigung bzw. um seine Grundrechte, die Menschenrechte zu kämpfen hat. Wenn wir hier von Terroristen gehört haben, dann müssen wir da vorsichtig sein. Wir müssen fragen, wer sind ursprünglich die Terroristen. Wir zwingen ein Volk zu einem solchen Widerstand mit solchen Maßnahmen, die eben wiederum Tod und Elend bringen. Insgesamt nochmals ein ganz entschiedenes Ja, denn das ist das Mindeste, was man von einer Regierung, von einem Staat wie Italien verlangen kann, der nicht nur die UNO-Menschenrechtspakte unterzeichnet hat, sondern der von sich eben behauptet einen hohen Standard an Menschenrechten zu gewähren. Es ist dies also das Mindeste, daß er aufhört, sich an diesen Morden an diesem Volk ohne Staat zu beteiligen indem er eben mithilft die Waffen zu liefern, die für Tod und für Vernichtung, für diesen Völkermord im kurdischen Gebiet eingesetzt werden.

PRÄSIDENT: Der nächste, der sich vorgemerkt hat, ist der Abg. Benussi zur Stimmabgabeerklärung. Bitte schön, Abg. Benussi.

BENUSSI: Signor Presidente, solo due parole per dire che, tenuto conto di quanto è stato già esposto dai colleghi, è inutile che mi ripeta, è logico sotto tutti i punti di vista che sia il caso di appoggiare questo Voto, nella speranza che forse finalmente il mondo tenga conto di queste tragedie e possa prevedere un qualcosa di positivo per evitarle in seguito. E' logico che il nostro gruppo, anche se oggi rappresentato in maniera inadeguata, condivide quanto esposto e darà la sua approvazione. Grazie.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen? Keine.

Dann stimmen wir jetzt über den Antrag so wie er hier vorliegt ab. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Ich sehe alle Hände oben. Probieren wir einmal die Gegenprobe. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Also ein einstimmiger Beschluß des Regionalrates zu Gunsten dieser viel geplagten Bevölkerung.

Ich bitte auch den Abg. Frasnelli uns die Organisationen, die er gerne anschreiben möchte, zu nennen.

PRÄSIDENT: Damit kommen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung, zum **Begehrensantrag Nr. 2, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Zendron, Kury, Leitner, Benedikter und Klotz betreffend die Zuerkennung der Zuständigkeit an die Gemeinden, eine ihren eigenen Bedürfnissen und Konzepten entsprechende Müllgebührenordnung zu erstellen.**

Ich würde einen der Einbringer bitten den Antrag zu verlesen und dann gleich anschließend zu erläutern.

Frau Abg. Zendron hat das Wort. Bitte schön.

ZENDRON: Grazie, signor Presidente.

V o t o n. 2

Tra le principali cause dei danni ecologici che si registrano nei Paesi industrializzati si annoverano accanto allo spreco energetico ed al crescente inquinamento prodotto dal traffico, le preoccupanti quantità di rifiuti prodotti. Esperti in materia ambientale discutono da tempo sulla necessità di introdurre delle tasse ambientali, secondo il principio che chi utilizza maggiori risorse ambientali e danneggia il nostro spazio vitale, deve assumersene la responsabilità.

Gli obiettivi di una moderna politica dei rifiuti sono comunemente noti: al primo posto vi è la necessità di evitare il più possibile la produzione di rifiuti, seguito da una raccolta differenziata e dal loro razionale riutilizzo. Se a livello politico ci si è resi conto della necessità di avere degli impianti di riciclaggio e di smaltimento,

prevedendo delle sovvenzioni, è altrettanto vero che è necessario un maggiore impegno per poter affrontare alla radice il problema dei rifiuti, ovvero impedire sin dall'inizio che questo problema nasca. Accanto alle disposizioni legislative quadro che, a tutela dei consumatori e del nostro habitat, impediscano l'emissione di sostanze nocive, si rende necessaria una maggiore sensibilizzazione ed informazione della popolazione. La via più sicura per rendere più attrattiva una minore produzione di rifiuti, è, anche in questo caso, quella di incidere positivamente sulle tasche dei cittadini: per cui produrre meno rifiuti deve essere sensibilmente conveniente.

Gran parte dei Paesi a nord dell'Unione Europea applica con successo la tassazione dei rifiuti secondo il principio che chi provoca maggiori danni deve pagare di più. Nella città di Norimberga ad es., si è potuto, con delle misure legislative alquanto rigide e con una tassazione dei rifiuti commisurata alla massa prodotta, mantenere per 10 anni lo stesso livello di rifiuti prodotti.

Il decreto legislativo n. 507 del 15 novembre 1993 prevede, purtroppo, la determinazione della tassa sui rifiuti domestici in base alla superficie abitativa. Poiché tale metodo di calcolo non costituisce alcuno stimolo alla minore produzione di rifiuti e non fa riferimento al principio della veridicità dei costi,

il Consiglio regionale
del Trentino-Alto Adige

FA VOTI AL GOVERNO

affinché, ai sensi della decentralizzazione dell'autonomia venga attribuita ai Comuni - in base alle proprie esigenze ed ai propri programmi ambientali - la competenza in materia di disciplina della tassazione sui rifiuti. Tale disciplina farà particolare riferimento alla quantità dei rifiuti prodotti, in base al loro volume o al loro peso.

PRÄSIDENT: Wenn Sie wünschen, könnten Sie erläutern. Bitte schön.

ZENDRON: Grazie, Presidente. Come vedete, è una questione di cui si parla da molti anni e di cui si sono occupati anche i nostri assessori all'ambiente, che si devono occupare della questione dei rifiuti in entrambe le province o almeno sicuramente l'assessorato della provincia di Bolzano si è impegnato su questa strada.

Mentre i comuni e almeno la provincia di Bolzano sono impegnati nel campo di una politica dei rifiuti che cerchi di ridurre la massa alla fonte, che è l'unico metodo che può aiutare a risolvere il problema, la legislazione nazionale, purtroppo, non aiuta in questa direzione, abbiamo diversi comuni, come Lana, per dirne uno che è particolarmente avanti su questa strada da 20 anni, Naturno, Natz-Schabs, insomma tutta una serie di comuni ed altri che stanno preparando i progetti, che cercano di fare dei passi avanti in questa direzione e che sono in qualche maniera ostacolati dal fatto che la legislazione nazionale continua, e qui è confermato anche da questo decreto legislativo del 1993, che si calcoli la tassa sui rifiuti domestici in base alla superficie

abitativa. Già il concetto è sbagliato, in quanto dovrebbe essere un altro tipo di tassa che si paga sull'effettiva produzione, non tanto sulla grandezza dell'abitazione che si ha a disposizione.

Quindi con questo nostro Voto chiediamo che il Governo faccia un atto di delega e di trasferimento di questa competenza direttamente a quegli enti che sono in grado di risolvere il problema. Di fatto ci sembra che sia quasi superato il fatto di chiedere al Governo che cambi la disciplina e che ristabilisca le regole, ci sembra che la via migliore sia quella che gli incaricati siano direttamente i comuni, in quanto bisogna anche tenere conto che i comuni hanno anche diverse esigenze, è differente raccogliere i rifiuti o fare una politica dei rifiuti, perché qui si tratta di ridurre la produzione, di fare una raccolta che deve essere separata, perché si è rivelato questa l'unica maniera per arrivare ad un riciclaggio che dia qualche risultato e prova ne sia, vorrei aprire una parentesi, non dà nessun risultato anche una politica che si occupa della fase finale, cioè del riciclaggio o della produzione di composta, se prima non c'è invece una politica alla fonte nella raccolta separata di rifiuti, esempio clamoroso è l'impianto di compostaggio miliardario che è stato costruito a Bolzano che adesso è stato bloccato per un anno, dopo che ha assorbito una valanga di miliardi, perché il composto che ne esce è assolutamente inutilizzabile e viene rifiutato dai contadini, dai giardinieri e da coloro che dovrebbero utilizzarlo, perché il rifiuto che entra è assolutamente non diversificato e quindi ci si trovano dentro i metalli pesanti, il vetro, per dirne alcuni, e tutta una serie di componenti che ne fanno un prodotto assolutamente inutilizzato. Inutile è stato il coinvolgimento nella gestione delle rappresentanti dei contadini, che era uno dei problemi che venivano posti se i contadini non sono dentro non possono controllare, si diceva qualche anno fa, allora non c'è sbocco per il prodotto che viene fuori da questo impianto di compostaggio, di fatto però non era una questione nemmeno di partecipazione, ma effettivamente anche in seguito a questa esperienza si può dire che è fondamentale che si arrivi ad una raccolta separata, qualificata e che il prodotto che viene elaborato sia indirizzato nella giusta direzione.

Mi sembra che la proposta che facciamo di chiedere al Governo di delegare i comuni sia importante, perché è una questione, e qui i federalisti possono dare un esempio di concretezza e non solo di affermazioni generiche, è un problema che senz'altro non ha controindicazioni nell'essere governato a livello locale e qualcuno può chiedere perché non la chiede la provincia la competenza, credo invece che sia giusto che pur lasciando alla provincia una funzione di indirizzo, coordinamento e di sostegno, siano comunque i comuni, perché, tornando a quanto dicevo prima, è differente una politica dei rifiuti che venga fatta in un paese periferico, magari in cui la maggior parte dei cittadini abitano in case dove hanno un giardino e possono governare da sé una parte, almeno, dei loro rifiuti, facendosi un Compost casalingo eccetera e, ad esempio, i quartieri costruiti più intensamente nelle nostre città, dove effettivamente ci sono dei problemi anche urbanistici da risolvere; non dobbiamo dimenticare che le nostre città sono state costruite senza pensare a tutte queste funzioni che invece adesso cominciano a diventare indispensabili, per cui nei quartieri più intensamente abitati c'è una produzione molto elevata di consumi, proprio perché l'organizzazione dell'abitazione è

fatta in modo da non permettere un riuso, a volte è difficile anche la divisione, perché se uno ha una cucina enorme, magari un balcone e un altro locale gli è facile mettere 3 o 4 secchielli per le diverse cose, se invece uno ha una mini-cucina e un mini-buco per metterci le immondizie, anche questi sono problemi che devono essere risolti concretamente, senza spaventare i cittadini, anche se un'iniziale incertezza la dobbiamo mettere nel conto, come ad esempio è successo anche a Lana, che da questo punto di vista è un esempio molto interessante, dove sono stati fatti sparire i cassonetti indifferenziati e sostituiti con cassonetti dove si misura la quantità di rifiuto, oppure i rifiuti vanno posti in sacchetti che hanno il timbro del comune e quindi questo permette una responsabilizzazione dei cittadini, ovviamente all'inizio è stato un po' difficile, c'è stata qualche reazione, però tutto sommato adesso non protesta più nessuno e i risultati ci sono.

Quindi mi pare che sia importante che ogni comune possa sviluppare le sue proposte politiche, di politica dei rifiuti, sulla base dei bisogni dei propri cittadini, ovviamente avendo come quadro di riferimento quelli che sono i problemi che i rifiuti nella nostra società comportano, cioè senza misure alla fonte noi vediamo che dappertutto, anche nelle nostre città e nei nostri comuni, per quanto piccoli, c'è una crescita esponenziale dei rifiuti prodotti, quindi lasciando che la situazione vada come va spontaneamente non si riesce a risolverlo. La popolazione ovviamente fa resistenza ogni qual volta si individua un luogo per la discarica e, si capisce, nessuno vorrebbe averla sotto casa, ognuno vorrebbe portarla davanti a casa degli altri, però bisogna dire che esiste, anche soprattutto nella nostra realtà, che vede un territorio in cui il terreno disponibile per queste operazioni non è molto, si crea una situazione in cui le discariche che sono state fatte, posso dire quella di Vadena, ad esempio, a sud di Bolzano, che si riempie molto più in fretta di quanto fosse previsto, quindi praticamente il problema diventa sempre più grave, perché si avrebbe sempre bisogno sempre di maggiori terreni.

Voglio dire ancora una parola per definire il quadro. Anche l'incenerimento comporta dei grossi problemi, in quanto oltre al fatto che non si riescono a controllare le diossine e nemmeno negli impianti più raffinati, corriamo sempre il rischio che fra 10 o 20 anni ci siano delle improvvise scoperte di conseguenze gravissime sulla salute dei cittadini, comunque è da ricordare che l'incenerimento lascia un residuo dell'almeno 30%, tra il 30 e il 40%, del rifiuto che viene immesso, il che significa che questa massa deve essere deposta da qualche parte ed è un rifiuto speciale, qualche volta tossico, in quanto l'incenerimento provoca anche un mescolamento delle sostanze, che rendono questo rifiuto tossico, quindi c'è tutta una serie di grandi problemi, in generale in Italia, e lo vediamo anche dai risultati delle inchieste sulle cosiddette mani pulite, l'industria si è lanciata su questo settore, facendone un settore di guadagno, però in realtà il problema non è affatto risolto, anzi in certi casi ha provocato inquinamenti gravissimi e conseguenze molto più gravi di quanto non fosse stato come era prima di lasciare le cose così come erano.

Quindi credo che, come appunto negli esempi, quello di Norimberga da me citato, ma anche altri, l'unico modo per governare la questione dei rifiuti sia quello di agire alla fonte, di responsabilizzare il cittadino, ovviamente anche l'industria che

produce oggetti troppo impacchettati, spesso non necessariamente impacchettati, e comunque a livello comunale di affrontare la questione con la responsabilizzazione dei cittadini.

Questo significa tenere sotto controllo la propria produzione, per il resto ovviamente quello che riguarda le comunità, le cose più grosse, su quello qualche passo avanti si è fatto anche con questa legge 507, però credo che sia molto importante ora che riusciamo ad ottenere dal Governo questa modifica di legge, questo decentramento, perché è in questa dimensione, quella comunale, che questo problema può essere risolto, quindi è una questione per molti versi non si può nemmeno dire urgenti, perché ormai si è anche passato il tempo, ricordo in questa aula ancora si è chiesto di questa cosa senza risultati.

Questo dovrebbe essere un Voto che viene portato al Governo e che dovrebbe essere seguito con attenzione, cosa di cui non dubito, perché credo sia nell'interesse degli assessori all'ambiente di tutte e due le province quello di avere la possibilità di affrontare la questione in maniera più autonoma e sulla base di una possibilità di risolverlo effettivamente e non avendo come riferimento legislativo un'impostazione errata, che rende spesso inutile il lavoro che viene fatto a livello locale.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abgeordnete für die Erläuterung.

Wir eröffnen jetzt die Debatte.

Der erste Redner ist der Abg. Pinter. Bitte schön.

PINTER: Esprimo un altro convinto appoggio a questo Voto e vorrei richiamare l'attenzione dell'aula a sostegno di questo su un paio di questioni.

La prima è relativa alla politica governativa in materia di rifiuti, che sta creando una serie di problemi, nel senso che abbiamo in genere un gravissimo ritardo da parte dello stato, ma anche da parte delle autonomie, nella pianificazione delle risposte al problema dello smaltimento dei rifiuti. Ci troviamo, lo ha già ricordato la cons. Zendron, in forte ritardo rispetto ai tempi di previsione dell'esaurimento delle discariche, che è stato fino qui il modo prevalente con il quale è stato affrontato lo smaltimento e che evidentemente non è più perseguibile per la limitatezza del nostro territorio, ci sono realtà del Trentino che si rivolgevano ad esempio all'inceneritore di Bolzano e alla realtà di Bolzano come risposta ai propri problemi e giustamente, credo, è arrivato uno stop rispetto a questa possibilità e quindi è chiaro che nel 2000 ognuno deve rispondere in proprio al problema rifiuti e non può più pensare di metterlo su qualche nave e farlo girare il mondo e affondarlo al largo, anche se questa era una politica che gli stessi Stati Uniti d'America avevano sviluppato. Allora se ognuno di noi deve dare una risposta è chiaro che ognuno di noi deve essere in grado in qualche modo di poter sostenere tutte le politiche possibili per affrontare nel modo migliore il problema, tra queste politiche è chiaro che anche quella della tassazione è fondamentale, il Governo, che già è estremamente contraddittorio, potrei ricordare un decreto che è uscito la settimana scorsa e che credo sia sostanzialmente vincolante anche per la nostra regione e le nostre province, dove si fa un'opzione rispetto alla tecnologia adottata nello smaltimento dei

rifiuti, optando per la produzione di RDF, cioè del combustibile prodotto dai rifiuti, piuttosto che dell'incenerimento tradizionale. Se questo è vero ciò comporterà - magari per il Trentino questa opzione tecnologica era già nel piano provinciale per i rifiuti -, siccome questi decreti governativi giungono di solito a modificarne degli altri recentemente approvati, per cui le regioni non arrivano nemmeno a predisporre le convenzioni che sono già modificati i termini delle stesse, ci troveremo con una rincorsa all'emergenza, dove non sarà possibile risolvere nel modo migliore, cioè nel modo meno impattante dal punto di vista ambientale.

Se questi problemi li crea il Governo rispetto alla soluzione dello smaltimento, credo che giustamente la collega Zendron abbia affrontato il problema della tassazione, perché ci troviamo oggi con un sistema di tassazione che non solo è ingiusto nei confronti dei cittadini, i quali si ritrovano a pagare non in proporzione dei rifiuti prodotti, ma in proporzione della superficie del proprio alloggio o della propria attività commerciale, allora voi capite che una persona anziana con 130 metri di alloggio in centro storico non consuma e non produce certo rifiuti come una famiglia da 5 persone in un alloggio da 90 metri quadrati, ma questo va anche per le attività economiche, per cui ci ritroviamo magari con attività con dei capannoni piuttosto vasti, che si ritrovano a pagare, magari non producendo effettivamente rifiuti, come invece i piccoli esercizi commerciali che hanno una attività orientata verso la produzione di rifiuti.

Da una parte c'è questo problema di ingiustizia, ma per alcuni versi non è nemmeno l'aspetto principale, perché l'aspetto principale è quello legato alla possibilità di regolare, quindi di ridurre la produzione di rifiuti attraverso un sistema di tassazione diverso, perché nel momento in cui il cittadino o il soggetto economico sa che dovrà pagare in proporzione del rifiuto prodotto, è portato e incentivato a tutte le misure necessarie per ridurre il più possibile tale produzione.

Da un certo punto di vista questa cosa sarà anche possibile con una certa facilità, per altre situazioni sarà un po' più difficile, perché misurare la quantità di rifiuto prodotto non è semplice, perché oggi giustamente veniva ricordato, non abbiamo delle città che si sono attrezzate in questo senso, per cui essendo per esempio i cassonetti a disposizione di ciascuno, qualcuno prenderà anche la borsa dei rifiuti e lo porterà nel cassonetto dell'altro, è già successo anche in quelle amministrazioni che hanno tentato una tassazione differenziata, allora da una parte dovremmo in qualche modo rimettere in discussione questo meccanismo, sono sostanzialmente convinto che per alcuni versi si debba tornare al vecchio sistema, cioè a contenitori che in qualche modo sono legati a degli insediamenti abitativi o commerciali e quindi non siano contenitori indifferenziati, la Germania stessa è andata in questa direzione, prevedendo il superamento dei cassonetti distribuiti nelle città, perché prima di tutto nel cassonetto ognuno può buttare tutto quello che vuole e quindi non soltanto il rifiuto solido urbano, ma magari un rifiuto tossico, nocivo o un materiale da discarica, quindi crescendo ingiustificatamente la quantità di rifiuti prodotti, dall'altra perché effettivamente è impossibile in questo modo misurare chi effettivamente produce dei rifiuti.

Allora bisognerebbe da una parte tornare indietro un po' su questo meccanismo e quindi creando delle possibilità per cui un condominio effettivamente conferisce quella quantità di rifiuti o questioni di questo tipo, dall'altra però soprattutto il problema della tassazione lo vedrei anche non soltanto come tassazione sulla quantità di rifiuti conferiti, ma sulla quantità di rifiuti in qualche modo prodotti, per cui, ad esempio, trovare un sistema in base al quale se uno consegna delle merci con determinati imballaggi è a suo carico lo smaltimento dell'imballaggio, nel senso che ha una tassa legata a quell'imballaggio, o comunque ha un obbligo di conferire esso stesso direttamente l'imballaggio nelle eventuali discariche o sistema di smaltimento rifiuti.

A questo punto se uno paga a seconda dell'imballaggio che produce e che utilizza, è chiaro che è portato a limitare fortemente l'imballaggio. Perché oggi, ad esempio, anche in settori tradizionali come l'edilizia, dove l'imballaggio una volta era molto relativo, pensiamo ai mattoni erano tenuti assieme da fasce metalliche, adesso abbiamo il contenitore plastico per qualsiasi tipo di sostanza, perché è più conveniente per il trasporto, per la sicurezza e per tante altre cose, però abbiamo una moltiplicazione assurda, che è possibile perché è comunque meno costosa che determinate altre modalità di trasporto o di imballaggio, allora se penalizziamo alcune modalità di imballaggio è chiaro che uno se può scegliere sceglie quello che gli è meno costoso, può essere lo stesso discorso per i vuoti a rendere, abbiamo situazioni a nord della nostra realtà che hanno reso impossibile il vuoto a rendere, mentre noi che avevamo una volta il vuoto a rendere, siamo tornati sul vuoto a rendere ed è chiaro che il supermercato non ha nessuna convenienza a vendere il vuoto a rendere, visto che per meno, visto che gli costa meno che non portare avanti e indietro le bottiglie di vetro, venderà quelle di plastica, ma finché il Governo non farà una tassa che è legata al contenitore di plastica della bevanda non supereremo mai il problema, oppure un problema che ne sconsiglia o ne limita l'utilizzo, allora dobbiamo il più possibile rivendicare da una parte questa possibilità di tassazione, che in qualche modo almeno soprattutto nei piccoli comuni riesce effettivamente a controllare di più la produzione da parte del privato di rifiuti, dall'altra di tentare in qualche modo di estendere questo discorso della tassazione sulla produzione dei rifiuti e degli imballaggi, in terzo luogo, ripeto, non sarebbe male auspicare che il Governo adotti quei provvedimenti che oggi siamo impossibilitati a prendere, cioè se come provincia o regione volessimo vietare determinati imballaggi non lo possiamo fare, allora ci sarebbe anche la necessità di richiedere da questo punto di vista la possibilità di regolamentare al meglio, proprio perché abbiamo grossi costi e grandi problemi nello smaltimento dei rifiuti, affinché possiamo non soltanto incenerirli, ma soprattutto ridurre la produzione dei rifiuti stessi.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Leitner. Vorgemerkt ist Abg. Vecli. Bitte schön.

LEITNER: Ich werde wiederum sehr kurz sein. Ich habe gerne diesen Begehrensantrag unterschrieben, weil er im Grunde genommen für die Müllgebührenordnung die Übertragung der Kompetenz an die Gemeinden fordert und weil die derzeit gültige

Regelung in keiner Weise den Erfordernissen gerecht wird. Denken wir daran, daß heute sehr viele ältere Leute in großen Wohnungen leben, kaum Müll produzieren und im Verhältnis sehr hohe Müllabfuhrgebühren bezahlen müssen. Weiters befinden sich die Gemeinden zur Zeit in einer extremen Rechtsunsicherheit. Wir haben zwar Versuche in einzelnen Gemeinde, auch in Südtirol, die von diesem Prinzip des Staates abgegangen sind, sich aber rechtlich in einer unsicheren Lage befinden und nicht wissen, wie lange das auch gehen kann. Deshalb braucht es eine Rechtssicherheit und ich bin dafür, daß man überhaupt die Kompetenzen in dieser Angelegenheit an die Gemeinden übertragen soll, die eher in der Lage sind, die Bedürfnisse vor Ort festzustellen, differenziertere Lösungen vorzuschlagen und somit auch den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenzukommen. Das Prinzip, das hier ausgelegt ist, ist sicherlich richtig. Es wird nur über den Geldbeutel gehen. Alle Aufklärungskampagnen für Müllvermeidung, Mülltrennung, Wiederverwertung usw. werden letztendlich nichts fruchten, wenn nicht zum Schluß das Verursacherprinzip angewendet wird, wenn also der bezahlen muß, der Müll produziert und Müll verursacht. In diesem Sinne stimme ich dem Begehrensantrag zu.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Vecli. Prego consigliere.

VECLI: La ringrazio, signor Presidente. Brevemente, per aggiungere solo qualche particolare a quanto è stato espresso dagli altri consiglieri, che bene facevano ad evidenziare il problema di una tassazione diversa, anche perché è giusto risalire a monte, alla catena di chi produce rifiuti, è giusto che le industrie che scaricano sul pubblico costi, che alla fine vengano decuplicati, tant'è che dobbiamo tener presente che non c'è soltanto la spesa immediata di uno smaltimento dei rifiuti, ma spesso una spesa che va a ricadere anche in ambito sanitario.

E' chiaro allora che noi, come pubblico, dovremmo soprattutto agire per creare una cultura diversa, ci deve essere un approccio differente al discorso dei rifiuti, ecco che ci vorrà senza dubbio una maggiore responsabilizzazione nei confronti del cittadino, che dovrà comunque seguire due strade, quella della tassazione e soprattutto la strada dell'informazione.

Per quanto diceva il cons. Pinter a proposito di un provvedimento governativo della settimana scorsa, che sembra spingere verso l'RDF, vorrei ricordare che gli RDF, refuse derival fuel, non sono altro che dei prodotti energetici che si ricavano dai rifiuti organici essiccati, ebbene è stato visto che bruciando RDF si producono emissioni gassose inquinanti, tant'è che anche in caso di combustione perfetta, virtuale, che comunque non arriva mai ad essere quella reale, si produce sia anidride carbonica che vapore acqueo in limiti che vanno a sfiorare le leggi sia provinciali a tutela dell'ambiente che quelle a livello nazionale.

C'è anche da dire che attualmente gli impianti a tecnologia complessa che producono RDF non hanno competitività economica, tant'è che il materiale RDF o viene portato in discarica tale e quale, oppure viene bruciato, però attualmente soltanto un cementificio di Ravenna brucia RDF, mentre per quanto riguarda il processo di

incenerimento, vorrei ricordare che si può ricorrere a tale operazione solamente nel caso in cui sui rifiuti non possa esserci nessun recupero o alcuna trasformazione proficua e comunque qualsiasi processo di incenerimento rimane un compromesso con l'ecologia, perché per quanto si possa depurare le emissioni sono sempre inquinanti; ricordiamo che da un camino di un inceneritore non escono né fiori né profumi, quindi non si possono dare garanzie di perfezione ecologica a qualsiasi processo di incenerimento, altrimenti andremmo incontro a grossi malintesi e a grandissimi equivoci.

Si può ritenere positivo l'incenerimento soltanto nel caso in cui si va a sostituire a rifiuti tossici o infetti delle emissioni gassose che siano meno inquinanti, un esempio, tant'è che il DPR 915 ne esige l'incenerimento e riguarda i rifiuti ospedalieri, la cui infettività è tale da sconsigliare qualsiasi forma di recupero. Ci sono poi altri rifiuti tossici, che provengono dalle industrie chimiche, per i quali valgono grosso modo le stesse considerazioni, però in questi casi gli inceneritori e tutti gli impianti di incenerimento svolgono un ruolo 'positivo e socialmente utile' sempre che vengano tenute presenti determinate accortezze che riguardano sia la temperatura, sia la turbolenza, sia il tempo di permanenza, tant'è che il DPR 915 prevede una camera di combustione che raggiunga temperature attorno ai 950 gradi centigradi e se le sostanze contengono una percentuale in peso di cloro superiore al 2% bisogna avere una camera di combustione che tenga le sostanze per almeno due secondi ad una temperatura di 1200 gradi, questo perché la temperatura riesce a rompere i legami di valenza. Questi comunque sono sempre casi limite, che vanno a toccare e a riguardare sostanze pericolose, rifiuti altamente nocivi che non possono avere altro tipo di recupero.

Termino ovviamente sponsorizzando questo tipo di Voto.

PRÄSIDENT: Danke schön. Eine Stellungnahme dürfte noch Platz haben.
Bitte schön, Abg. Benedikter. Zur Geschäftsordnung? Bitte.

BENEDIKTER: ...morgen tagt den ganzen Tag die 2. Kommission mit zwei wichtigen Gesetzen. Am Samstag geht diese Tagung weiter über die deutschsprachigen Gemeinschaften des Trentino. ...also die ganze Woche ist ausgefüllt und ich glaube, ich nehme an, es dürfte niemand was dagegen haben, wenn heute nachmittag ausgesetzt würde, denn auf die drei Stunden kommt es auch nicht mehr an, was die Abwicklung der Tagesordnung betrifft. Ich beantrage deshalb, daß heute nachmittag die Sitzung ausgesetzt wird.

PRÄSIDENT: Ich machen nur darauf aufmerksam - mir ist alles recht - daß die Tagesordnung schon sehr umfassend ist. 40 Punkte sind auf der Tagesordnung. Früher oder später kommen dafür zusätzliche Sitzungen hinzu.

Sagt's ihr eure Meinungen.

Bitte schön. Frau Abg. Mayr hat sich zu Wort gemeldet.

MAYR CHR.: Es ist schwierig da zu entscheiden, weil wir haben 40 Punkte auf der Tagesordnung. Wir hören immer wieder die Kritik der Oppositionsparteien, die sagen,

wir kommen nicht weiter mit den Beschlußanträgen. Umgekehrt möchte ich auch nicht so unhöflich sein und den Antrag des Kollegen Benedikter ablehnen, wenn er sagt, er muß sich für die morgige Sitzung und für die übermorgige Tagung vorbereiten. Also ich würde es der Aula freistellen, daß wir darüber demokratisch abstimmen.

PRÄSIDENT: Zur Tagesordnung? Bitte schön, Abg. Zendron.

ZENDRON: Presidente, la prego anche di continuare la discussione del Voto, perché interrompere così per una questione di proseguimento non mi sembra una cosa. Sono contraria all'interruzione dei lavori oggi pomeriggio, cioè a tutti fa piacere fare vacanza, però ieri il Presidente Tretter ci ha ricordato che abbiamo 40 punti all'ordine del giorno e non mi sembra francamente molto serio da parte nostra che adesso sospendiamo i lavori solo perché dobbiamo prepararci per una cosa in cui non dobbiamo parlare, ma solo ascoltare, anch'io parteciperò a quel convegno, ma...

(Interruzione)

PRÄSIDENT: ...In Ordnung, Frau Abg. Zendron. Ich lasse Ihnen gleich das Wort. Natürlich muß ich Ihnen sagen, haben immer Anträge zur Tagesordnung und zum Fortgang der Arbeiten Vorrang. Aber ich würde sagen, wir schließen es schnell ab, indem ich einfach schaue wie die Orientierung ist. Ich habe auch Bedenken, muß ich auch sagen. Vielleicht können wir am Abend ein bißchen früher aufhören. Das können wir immer noch beschließen. Wer möchte, daß wir am Nachmittag aufhören, möge bitte die Hand erheben. Nicht tagen. 4. Wer stimmt dagegen? Das ist die Mehrheit. Der Rest ist Enthaltungen. Damit ist dieser Punkt abgehackt.

Wir arbeiten weiter, vielleicht lassen wir es eine halbe oder eine Stunde früher, je nach dem wie wir dran sind.

Noch eine Stellungnahme kann ich zulassen, Frau Abg. Zendron, weil dann müssen wir trotzdem unterbrechen, weil der Abg. Palermo mit dem Präsidenten vereinbart hat, daß er uns zu einem kleinen Umtrunk anlässlich seiner Hochzeit einladet und das möchte wir jetzt nicht versäumen.

Aber eine Wortmeldung geht noch, ich glaube, es war der Abg. Montefiori, der das Wort hat.

MONTEFIORI: Siamo favorevoli al Voto, soprattutto perché il concetto che chi più crea danni più deve pagare è giustissimo e soprattutto ancora perché non è assolutamente giusto il sistema di tassazione riferito alla superficie della casa o dell'appartamento che si occupa, quindi su questo punto non ci sono dubbi, voteremo a favore, c'è solo una perplessità: sarà opportuno dare proprio al comune la possibilità di imporre un sistema, cioè che cosa vogliamo dare esattamente? Un sistema di tassazione diverso o un sistema di raccolta diverso, perché se il concetto è come tassare la produzione dei rifiuti, e sono d'accordo con i colleghi Zendron e tutti gli altri che ci deve essere uno stimolo e che magari se è uno stimolo negativo come quello di farci pagare

va bene, ma questo del delegare al comune può comportare che, se abito a Naturno pago una cifra e se abito a Merano ne pago una molto diversa? La mia perplessità è data dal fatto del meccanismo attraverso il quale i vari comuni possono arrivare a imporre il pagamento dei rifiuti, comunque sono favorevole lo stesso alla mozione, nonostante questo dubbio, perché merita, secondo me, comunque il nostro appoggio.

PRÄSIDENT: Möchte noch jemand Stellung nehmen? Vielleicht schaffen wir das noch. Es sind nämlich keine Wortmeldungen vorliegend.

Bitte schön, Frau Abg. Mayr. Geht schon noch. Die notwendige Zeit ist vorhanden.

MAYR CHR.: Im Namen der Südtiroler Volkspartei möchte ich unsere positive Zustimmung zu diesem Begehrensantrag ausdrücken. Wir haben gemeinsam mit den Ersteinbringern die Conclusio ganz leicht abgeändert, indem wir uns nicht auf die Idee der Zentralisierung, sondern einfach auf eine Gesamtreform der Gemeindesteuern bezogen haben. Im Prinzip haben wir das Gleiche in der Conclusio drin. Auch für die Südtiroler Volkspartei ist eben die Müllproblematik eine große Problematik und auch wir sind der Meinung, daß in erster Linie eine Müllvermeidung angestrebt werden muß. Und auch wir sind überzeugt, daß diese Müllvermeidung mit einer gerechteren Müllbesteuerung zu erwirken ist, wobei natürlich doch auf den einzelnen Bürger geschaut werden muß, so daß der einzelne Bürger nicht unter die Räder kommt, da er bestimmte Sachen in viel Material verpackt bekommt und somit viel Müll übernehmen muß. Ich denke dazu an die Kosmetikindustrien, die schrecklich verschwenderisch in der Verpackung sind und man ist gezwungen, wenn man bestimmte Artikel kauft, sehr sehr viel Papier mitzukaufen. Man hat dann immer wieder das Problem was man dann mit diesen Sachen machen soll und wie man diese ganze Plastikverpackung wiederum verwertet. ...Wir müssen wiederum zu den alten Prinzipien zurück und zwar schon auf die Hygiene schauen, aber andererseits eben auch auf die Notwendigkeiten, auf die Müllvermeidung schauen, also schon irgendwie mit Kopf- und Hausverstand vorgehen. Wir müssen versuchen, so viel wie möglich Müll zu vermeiden, aber nicht nur im privaten Haushalt, auch Müll zu vermeiden im Betrieb, in den Büros. Ich möchte aber auch sagen, daß wir auch hier in diesem hohen Haus öfters mehr Müll und Papier vermeiden könnten, wenn ich bedenke, wieviel Papier ich jeden Tag wegschmeiße.

Ich glaube zu dem Begehrensantrag, der sehr gut formuliert ist, kann man nichts mehr weiter dazusagen, als daß wir eben dafür sind und daß wir das mitunterstützen. Die Änderung wird jetzt verteilt. Das ist eingereicht worden. Die Änderung wird jetzt verteilt. Danke.

PRÄSIDENT: Dann unterbrechen wir jetzt die Arbeiten. Ich möchte vorweg nochmals sagen warum. Wir unterbrechen, weil der Abg. Palermo uns zu einem Umtrunk mit seiner Braut Anita Salvadori anlässlich seiner Hochzeit, die er in den nächsten Tagen feiern wird, eingeladen hat. Wir möchten ihm für diese Einladung danken und gleichzeitig darf ich wohl im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des Regionalrates

die Gelegenheit wahrnehmen ihm und seiner zukünftigen Frau alles Gute zu wünschen, viele glückliche Jahre und viel Freude miteinander. Danke schön.

Die Sitzung ist zwischenzeitlich unterbrochen.

Wir beginnen um 15.00 Uhr nachmittags.

KURY: ...den abgeänderten beschließenden Teil auszuteilen.

PRÄSIDENT: Natürlich, wir verteilen ihn gleich.

(ore 12.31)

(ore 15.04)

Presidenza del Presidente Franco Tretter

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

DENICOLO: (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Al Voto è stato presentato un emendamento al dispositivo, che viene modificato come segue: 'Fa voti al Governo, affinché anche con riferimento ad una più complessiva riforma dei tributi comunali venga attribuita agli enti locali una maggiore autonomia nella determinazione della disciplina della tassazione sui rifiuti con riferimento al parametro della quantità e dei volumi degli stessi.'. Il primo firmatario di questo emendamento intende prendere la parola?

La parola alla Giunta.

GIOVANAZZI: Signor Presidente, per motivare la proposta di questo emendamento, devo dire innanzi tutto che il Voto presentato a firma dei conss. Zendron, Kury, Leitner, Benedikter e Klotz coglie nel segno quando afferma che il decreto legislativo 507 del 15 novembre 1993 non risponde all'esigenza di contenere la quantità di rifiuti prodotti, la tassa per lo smaltimento dei rifiuti solidi urbani è stata concepita dal legislatore nazionale come uno strumento destinato a coprire almeno in parte i costi del servizio di raccolta smaltimento dei rifiuti, senza preoccuparsi di una moderna politica di disincentivazione alla produzione degli stessi.

I parametri adottati in relazione alla superficie dei locali e delle aree servite rispondono ad una esigenza di semplicità gestionale, piuttosto che ad un criterio selettivo che richiederebbe l'applicazione di parametri più complessi.

Agli enti locali è lasciato un certo margine discrezionale nell'applicazione della tassa, attraverso il regolamento comunale si dovrebbe arrivare ad

adattare le caratteristiche della realtà locale, i parametri generali in base a rilevazioni a campione, ovvero a partire dai dati già disponibili sulle diverse categorie di utenti.

Attraverso i regolamenti comunali tuttavia si potrà arrivare ad una più equa applicazione della tassa, ma non sarà certo possibile rivoluzionare il metodo di calcolo al fine di raggiungere l'obiettivo indicato dai firmatari dal presente Voto e condiviso anche dalla Giunta, di limitare il più possibile la produzione dei rifiuti.

A quest'ultimo proposito credo che dovranno essere intraprese anche altre iniziative, che per quanto riguarda i rifiuti domestici incentivino in primo luogo nuovi metodi di confezionamento ed imballaggio dei prodotti di largo consumo, così da ridurre gli enormi volumi richiesti per il loro smaltimento.

Limitarsi ad intervenire sulla fase finale, colpendo il cittadino consumatore, non basterebbe a risolvere le complesse problematiche legate allo smaltimento dei rifiuti, tanto più gravi sarebbero poi gli effetti di una simile impostazione su settori produttivi della nostra realtà, nei cui confronti una politica di incentivazione per la riduzione delle quantità dei rifiuti prodotti non può assumere contorni soffocanti e persecutori.

Per concludere, credo che il testo del Voto qui proposto andrebbe modificato, tenendo conto in primo luogo dei limiti costituzionali in materia fiscale ed inquadrando il tema della tassa sullo smaltimento dei rifiuti che manterrà pur sempre natura di una valenza tributaria all'interno di una riforma fiscale complessiva, per arrivare ad un sistema impositivo incentrato su base locale e regionale.

In questa direzione la Giunta regionale ha già avuto modo di esprimersi a favore della crescita di autonome capacità impositive degli enti locali, intese non già nel limitato senso di una maggiore discrezionalità nello stabilire gli importi, ma come una reale capacità di incidere anche attraverso strumenti tributari su aspetti quali la produzione e lo smaltimento dei rifiuti, fondamentali per la tutela dell'ambiente e per la qualità della vita dei propri cittadini.

A questo proposito l'emendamento che andrebbe a modificare leggermente il dispositivo come è stato predisposto, prevedendo maggiore attenzione nella riforma fiscale, ma anche maggiore decentramento e competenze anche agli enti locali per quanto riguarda la possibilità di introdurre delle tasse e dei tributi anche per quanto riguarda i rifiuti.

PRESIDENTE: Sull'emendamento al Voto n. 2 ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter. Ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Ich erkläre sofort, daß ich meine Unterschrift unter dem Begehrensantrag zurückziehe, denn erstens sind wir gar nicht gefragt worden ob wir mit einer solchen Änderung einverstanden sind. Das ist typisch für das Demokratieverständnis der Abg. Zedron. Und zweitens ziehe ich die Unterschrift zurück weil damit wesentlich das Begehren als solches auf den Kopf gestellt wird. Nämlich zuerst hätte man verlangt, daß im Sinne der Zentralisierung und Selbstverwaltung den Gemeinden die Zuständigkeit eingeräumt wird, eine den eigenen

Bedürfnissen und Konzepten entsprechende Müllgebührenordnung zu erstellen. Also die Gemeindeautonomie wird gewahrt und vor allem wäre das eine kleine Durchführung des Steuerföderalismus im Sinne des Artikels 119 der Verfassung, ohne daß deswegen die Verfassung abgeändert würde, die hier sagt: "Die Regionen haben finanzielle Autonomie, in den durch Gesetze der Republik festgelegten Formen und Grenzen; diese Grenzen stimmen sie mit den Finanzen des Staates, der Provinzen und der Gemeinden ab." Also in diesem Sinne wäre es gewesen. Weil ein Staatsgesetz besteht, das diese Müllordnung, die Ordnung der Müllbeseitigung und Müllgebührenordnung regelt und das auch für Regionen mit Spezialstatut durch Verfassungsgerichtsurteil als bindend erachtet worden ist. Hier hingegen soll ein bißchen mehr, eine umfassendere Autonomie in der Müllgebührenordnung eingeräumt werden usw. Die Gemeinden dürfen ein bißchen mehr, sie haben eine größere Ermessensfreiheit. Im Sinne des sogenannten federalismo fiscale wäre der Begehrensantrag gewesen, den ich unterschrieben habe und hier hingegen geht man auf etwas zurück, was der Assessor Giovanazzi vorgelesen hat, was Beamte ihm vorbereitet haben, aber das jedenfalls nicht der Sache gerecht wird. Er hat es meiner Ansicht nicht verstanden und daher ist die Rede von verfassungsrechtlichen Grenzen im Steuerwesen, wobei der Artikel 119 genau sagt, daß diese verfassungsrechtlichen Befugnisse hinsichtlich Besteuerung eben ausgeglichen werden sollen zwischen Staat, Region, Provinzen und Gemeinden. Also wäre das noch im Bereich dessen gewesen was aufgrund der bestehenden Verfassung zulässig wäre, indem man eben den Gemeinden tatsächlich diesbezüglich eine echte Autonomie einräumt. Hier wird das Ganze in aller Form verfälscht und auf den Kopf gestellt und aus diesem Grund ziehe ich die Unterschrift zurück und werde dagegen stimmen.

PRESIDENTE: Le dò subito la parola, cons. Zendron. Informo che ritirando la firma cade l'emendamento, perché se non c'è la disponibilità da parte dei firmatari, non solo, ritirandosi serve una firma, che si può trovare, ma credo che non sia possibile sostenere l'emendamento dal momento in cui il cons. Benedikter non è d'accordo.

La parola alla cons. Zendron.

ZENDRON: Posso dire che è stata tradotta, devo chiedere scusa a metà al cons. Benedikter, perché non ho presentato l'emendamento, che è stato presentato dalla Giunta, dall'assessore Giovanazzi e dalla cons. Mayr e io ho firmato dopo, poi è stato messo il mio nome davanti, ma nella traduzione, perché si è cambiato dei consiglieri. Però vorrei chiedere al cons. Benedikter di riflettere su questa sua valutazione, comunque rispettabile, nel senso che non credo che questo emendamento rovesci così completamente, è una richiesta della Giunta che chiede che la Giunta per poter votare questo nostro Voto, che è condiviso ampiamente, come ha potuto sentire egli stesso dal dibattito, dalla totalità dei consiglieri, chiede che sia data una formulazione diversa, che sia più rispettosa delle competenze, cioè vorrei che fosse intanto chiarito l'equivoco che non sono la prima firmataria di questo emendamento, perché ovviamente avrei chiesto al cons. Benedikter, visto che era un firmatario, ed anche ai cons. Klotz e Leitner di firmare un eventuale emendamento da me proposto, mi è stato chiesto dalla Giunta di

sostenere la loro proposta, perché fosse chiaro che era accettata almeno dai primi firmatari, però personalmente non ritengo che questa formulazione sia sconvolgente e stravolgente, mi sembra che come obiettivi di questo Voto, e poi il cons. Benedikter sa bene che rilevanza ha il Voto, è un invito che ha il significato di principio, non è un disegno di legge articolato, è un invito a cambiare alcune cose di fondo, chiediamo che lo stato cambi questo suo atteggiamento, che tutti credo consideriamo sbagliato, in questa materia di effettuare una tassazione sulla base del possesso dei metri quadri della abitazione e si adotti un criterio che permetta ai comuni e anzi dia il potere ai comuni di realizzare un tipo di non tassazione, ma di imposta che serva a risolvere il problema. Mi pare che anche nella nuova formulazione che la Giunta regionale ritiene necessaria per salvaguardare le rispettive competenze questi nostri obiettivi siano condivisi e quindi a me non sembra che si possa rovesciare. Ripeto, mi dispiace che si sia pensato che qui ci sia un emendamento che non ha tenuto conto degli altri firmatari, ma proprio perché questo emendamento non era proposto da me; mi pare francamente che non ci sia una differenza sostanziale fra le due formazioni, però rispetto il fatto che se la Giunta e uno dei partiti presenti in Consiglio, fra il resto questo emendamento è firmato anche dall'assessore all'ambiente Achmüller, che è competente, che si è occupato anche a lungo di queste vicende delle competenze e che sa che fino a tanto egli non può arrivare, proprio perché non ha la competenza, mi sembra che se lui chiede che venga fatta un'altra formulazione, non viene fatta per rendere inutile il Voto, perché allora potrebbe benissimo votare contro.

(Interruzione)

ZENDRON: Infatti, dato che l'assessore Achmüller non vuole votare contro, ma invece gli interessa l'argomento, mi sembra che sia accettabile, fra il resto anche nelle osservazioni del collega Benedikter, che anche si è sempre interessato a questa vicenda, non mi pare di poter dire con convinzione che adesso è come se non se facesse niente, ben altri sono i cambiamenti di dispositivo che vediamo che vengono fatti per annullare, ma di solito qui in regione semplicemente si vota contro, se non si è d'accordo, per cui chiedo anche al cons. Benedikter di riflettere su questa faccenda, al di là del fatto che può avere avuto un momento di rabbia, perché ha creduto che l'emendamento fosse nostro e che invece si consideri qual è l'importanza della faccenda e che non dia una valutazione negativa semplicemente perché si è sentito escluso.

PRESIDENTE: Prima di procedere informo l'aula che posso fare due cose: sospendere l'argomento e riprenderne un altro, oppure se il cons. Benedikter formalizza il ritiro dal Voto, non è possibile discutere e far votare l'emendamento, devo semmai fare votare il Voto così senza l'emendamento, ossia l'emendamento decade. Sono disposto a rinviare per qualche minuto questo argomento, perché si trovi l'accordo fra i firmatari del Voto.

Intende intervenire, cons. Benedikter? Sull'ordine dei lavori.

BENEDIKTER: Ich bleiben dabei, daß ich meine Unterschrift zurückziehe und bleibe bei dem, was ich gesagt habe, bzw. daß hier genau das Gegenteil von dem verlangt wird was ich unterschrieben habe. Danke.

PRESIDENTE: Bene. Ritirando la firma decade l'emendamento e possiamo votare il Voto...

Prego.

ZENDRON: Una questione procedurale, signor Presidente...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Non è possibile. L'art. 116 parla chiaro: 'Se non c'è l'assenso dei proponenti non si possono accettare emendamenti...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Lei lo può ripresentare.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Credo che sia importante trovarvi.

Allora sospendiamo la trattazione del Voto e passiamo ad un altro punto dell'ordine del giorno, il **Voto n. 3, presentato dai consiglieri regionali Divina, Delladio, Vecli, Muraro e Boldrini, concernente la tassa per l'occupazione di spazi ed aree pubbliche, detta TOSAP.**

Il primo firmatario intende leggere ed illustrare il Voto?

La parola al cons. Divina.

DIVINA:

V o t o n. 3

La tassa per l'occupazione di spazi ed aree pubbliche - detta TOSAP - riguarda una miriade di soggetti (ristoratori, baristi, ambulanti, privati ecc., che chiedono il passo carraio ed altre occupazioni di spazi pubblici sia nel sottosuolo che nel soprasuolo); può essere permanente o temporanea.

I soggetti che beneficiano dei relativi introiti sono i Comuni e le Province, che devono attivare le procedure per la sua applicazione.

La tassa, purtroppo, per i soggetti passivi crea situazioni economiche gravissime e sproporzionate, se si considera quanto viene attualmente richiesto per l'occupazione di aree e spazi pubblici.

Negli ultimi anni la tassa, che, avendo per oggetto soprattutto tavolini ed ombrelloni, è chiamata "tassa ombra", è via via aumentata, mettendo in difficoltà molti operatori del settore.

Per rendersi conto di ciò si fa un esempio: si consideri che un bar nel centro storico a Trento, attualmente paga 400 lire al mq al giorno, il doppio dell'anno scorso; lo stesso bar per effetto della nuova TOSAP pagherà 5.000 lire al mq al giorno, a partire dal 1995 - la mozione data giugno 1994, viene letta a distanza di quasi un anno e qualche dato risulterà pertanto datato -.

In sostanza, usufruendo di un "giardinetto" esterno di 40 mq, la tassa ammonterebbe a 6 milioni al mese.

A tutto ciò si aggiunge il fatto che l'esercizio pubblico è gravato dalla tassa sulla nettezza urbana per l'occupazione di suolo pubblico.

Meno caro diventerebbe l'esborso se si potesse considerare l'occupazione "permanente", ma ciò non è possibile, data la normativa che equipara tutti i soggetti. Di conseguenza l'aggravio per le aziende sarà notevole od addirittura insopportabile, anche se gli Enti impositori terranno le aliquote al minimo.

In queste condizioni si prevede che molti operatori rinunceranno al "giardinetto" per non mettere fuori mercato l'azienda, anche in considerazione che i prezzi del servizio offerto non potranno essere aumentabili senza criterio e sicuramente in modo non proporzionale all'aumento della tassa.

(Interruzione)

DIVINA: Chiedo, Presidente, se i consiglieri che devono accordarsi sulla mozione precedente possono assentarsi dall'aula e discuterne i contenuti fuori.

PRESIDENTE: Lei ha ragione, cons. Divina. Prego i consiglieri di prendere posto e di fare silenzio. Se dovete parlare o discutere siete pregati di uscire dall'aula.

DIVINA: Inoltre si deve tener presente che gli Enti Locali in questi ultimi anni hanno investito somme molto ingenti per l'arredo dei centri storici.

I "giardinetti" anche dei nostri centri storici completano le belle pavimentazioni; le persone che li occupano, senza alcun dubbio, contribuiscono a ridare vita ai centri, sempre più invasi da banche e negozi, ma sempre più poveri di abitanti.

Di conseguenza la nuova TOSAP non danneggerà solamente le aziende colpite direttamente, ma indirettamente agirà in modo negativo sulle costose, ma pur necessarie, iniziative degli Enti Locali dirette a incentivare la proiezione all'esterno dei locali pubblici, a salvaguardare i Centri storici dalla "desertificazione" e ad aumentare, almeno stagionalmente, i posti di lavoro.

Ne deriva così una netta contraddizione nell'attività amministrativa, in quanto lo Stato con l'istituzione della TOSAP pensava di dare fiato alle scarse finanze degli Enti beneficiari, ma in realtà, data la gravosità della stessa, questa tassa

inopportuna finisce per danneggiare importanti iniziative locali, anche se venisse mantenuta nei limiti minimi.

Inoltre la procedura di applicazione della stessa, è assai macchinosa, tenuto conto delle disposizioni del decreto attuativo, per la quale cosa, anche se applicata con aliquote pesanti, essa produrrà scarsi introiti agli Enti impositori, dato il sicuro aggravio burocratico, specie nei centri di piccole e medie dimensioni.

per quanto precede

- visto l'art. 50 della Costituzione;
- visto l'art. 35 dello Statuto speciale per la Regione T.A.A.;
- visto l'art. 7 del D.P.R. 1 febbraio 1973, n. 49 (N.A. dello Statuto speciale);
- visto il D. Legis. 15 novembre 1993, n. 507;
- visto il Decreto del Ministero delle Finanze 26.04.94.

IL CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO ALTO ADIGE

*fa voti al Governo
affinché*

Il Parlamento intervenga per modificare il Decreto Legislativo 15 novembre 1993, n. 507 per la parte che interessa l'occupazione di spazi ed aree pubbliche, riducendo in modo consistente le aliquote.

A questo Voto noi stessi sottoscrittori abbiamo apportato un emendamento, al quale primo comma se ne aggiunge un secondo, che recita: 'di fare chiarezza circa la corretta applicazione da parte dei comuni dell'incremento massimo da applicare per l'anno 1995, come previsto dal decreto legislativo n. 507 del 1993, che confligge con i dettami del decreto legislativo n. 566 del 1993.'

Ciò che si chiede è di fare una pressione nei confronti del Governo, ed in parte - dobbiamo dirlo - è già avvenuto, perché, ricordo, dal giugno 1994 come Lega Nord si è agito in tutte le direzioni a livello ministeriale, governativo, oltre che a livello locale, per fare sì che si raggiungano due obiettivi: una tassazione contenuta negli incrementi che sono accettabili, una dinamica degli aumenti dei costi, perché si renda compatibile l'esercizio di attività esterne non eccessivamente gravose con altri interventi fatti sia da privati che da enti pubblici, che hanno investito notevoli somme per gli arredi dei centri urbani, per rendere vivibili i centri storici ed a questo punto una tassa che penalizza le attività economiche, caro assessore... Se non è interessato l'assessore che mi deve rispondere, mi dica a chi devo rivolgere questa iniziativa. Si possono anche risolvere le questioni fuori dall'aula, mi rivolgo a lei, Vicepresidente, in questo momento...

(Interruzione)

Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz
Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini

PRÄSIDENT: Ich bitte um ein bißchen Ruhe.
...Assessore...

DIVINA: Ci fa piacere vedere un po' di dialettica, però se si facesse fuori dall'aula non guasterebbe.

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Lei ha perfettamente ragione, cons. Divina. Ich bitte die Regierungsbank! Prego il banco del governo, di volersi intrattenere in silenzio.

DIVINA: Poi c'è una parte prettamente tecnica, nella quale abbiamo due normative che vengono a confliggere. Signor Presidente, esco io dall'aula o fa finire questa bagarre.

(Interruzione)

PRÄSIDENT: ...Es gibt hie und da ein bißchen Aufregung, aber jetzt geht es schon besser.

Prego, cons. Divina.

DIVINA: Abbiamo due normative che confliggono e sono i due decreti del 1993, dove per effetto del primo decreto si stabiliva che l'aumento massimo per ogni categoria di TOSAP non potesse superare il 25%, però il secondo decreto obbligava gli enti riscossori, cioè i comuni, a far sì che il gettito globale della TOSAP dell'anno successivo non fosse inferiore a quella dell'anno precedente. Potrebbe accadere che eliminando alcuni cespiti di TOSAP i rimanenti cespiti per decreto avrebbero dovuto aumentare soltanto del 25%, ma per effetto dell'altro decreto non avrebbero complessivamente potuto introitare meno del gettito dell'anno precedente, chiaramente sono due norme che entrano in conflitto, e a questo punto vedono ogni comune applicare l'una o l'altra normativa, chiaramente a scapito del contribuente, del soggetto passivo della tassa.

Abbiamo addirittura dei soggetti passivi, che sono sempre gli stessi, che devono operare in comuni diversi, parliamo a questo punto degli ambulanti, i quali si trovano a dover operare, a fare determinate richieste a determinati comuni che pretendono un certo tipo di formalismo e chiedono, perché per alcuni comuni il bollo si esaurisce con un'unica richiesta, altri pretendono che il bollo o la marca da bollo sia fatta su ogni singolo atto ad ogni singolo comune, ma soprattutto si vedono applicare una tassa secondo un criterio da una amministrazione comunale e tutto l'opposto da un'altra, è una disciplina che ha bisogno di fare chiarezza.

Questo è il Voto che proponiamo al Consiglio, affinché ci si rivolga nei confronti di questo, che fra il resto dalla data di richiesta ad oggi è perfino mutato anche il Governo, affinché si faccia voti a questo Parlamento perché intervenga o con una legge o con un decreto, che di fatto raccordi tutta la disciplina che, come abbiamo visto, è addirittura confliggente e crea grossa confusione fra chi l'applica e chi la deve subire. Per chi ha capito, attendo una risposta, non so quanta attenzione sull'argomento la Giunta possa aver prestato.

PRÄSIDENT: Abg. Gasperotti, voleva la parola? Bitte schön.

GASPEROTTI: Grazie, Presidente. Sono felice di sentire da parte della Lega nord questo argomento, che è di rilievo per il fatto che è una tassazione locale, dei comuni e corrisponde a quella filosofia del federalismo fiscale che viene imposto da leggi finanziarie a livello nazionale e noi possiamo anche dare consigli a questi Governi, ma riescono a sbagliare anche da soli, cioè ne fanno una o 20 al giorno, fanno sempre e comunque tutte scelte economiche contro la classe lavoratrice e la gente che lavora e l'esempio l'abbiamo dinanzi a noi con l'accordo capestro proposto e intervenuto fra il Governo e le organizzazioni sindacali riguardo le pensioni, dove a questi soggetti che lavorano, sono i lavoratori dipendenti, devono pagare loro il debito pubblico, loro dovranno pagare anche dell'altro, cioè il debito prodotto dalla malgestione, dalle ladreterie, da tutta la gestione dal 1950 in poi di questa Italia. Dovremmo pagare - perché mi considero e sono tutt'ora lavoratore dipendente - le malefatte di questi soggetti che hanno governato e cambiano nome ed anche colore, cercano di trasformarsi come i camaleonti, Amato corrispondeva a una serie di appoggi governativi e da lì nacque quella felice scelta delle tasse comunali imposte e chi si ricorda l'ICI, chi si ricorda anche la tassa sulle attività commerciali che veniva rilevata attraverso il numero dei metri quadri del sito adibito all'attività e non al reddito, ma questa è una logica che si trova anche più avanti nella TOSAP. C'era anche la tassa sulle terrazze, poi questa tassa che è nata di nascosto è stata levata anche di nascosto, ed hanno inventato la tassa sulle tubazioni, allacciamento, a tubazioni che servono a fornire servizi alla singola abitazione e ci sarà un giorno anche la tassa sulla parola e ci sarà anche la tassa su tutta una serie di cose che si inventeranno questi soggetti che governano in maniera distruttiva lo stato e che fanno pagare ancora agli stessi soggetti il prodotto dell'economia gestita da loro.

Sì, perché dopo questa TOSAP, non c'è dubbio, il commerciante la riversa direttamente sull'acquirente del servizio, quindi l'aumento dei prezzi è derivato anche da questo tipo di scelta, i comuni però si sentono sempre più grandi e più bravi se applicano le tasse con aliquote sempre più alte, perché lì si differenzia la raccolta del denaro a livello comunale e lì chi si organizza meglio riesce anche a vincere la propria piccola battaglia, una piccola battaglia con l'ente locale, che in questo caso è il comune; e lì a diminuire la percentuale della tassa o a fare in modo che non vengano considerate tutte le metrature previste dalla legge.

Quindi abbiamo la misurazione dei volumi e dei metri quadri delle attività agricole, delle case chiuse - intendo gli alloggi sfitti -, delle abitazioni usate solo in periodi estivi, quindi periodiche e non per la fissa dimora e tutto questo sotto la grande parola, il messaggio divino, dell'equità: 'qui si fa un discorso di equità, è giusto che tutti paghino la propria parte' e non si parla di patrimoniale, perché è pericolo parlare di patrimoniale, perché lì si scoprirebbero gli altarini, magari si scopre che un assessore Pinco Pallino, che ha fatto 4 anni di attività in un Consiglio regionale XY, è riuscito ad accumulare 26 volte il proprio reddito in questo periodo, ma non si può verificare, perché non c'è la patrimoniale, non è obbligo fare menzione delle proprietà valutarie o immobile, perché le valutarie sono anche quelle proprietà e lì viene applicata la tassa fissa, si fa una cedolare secca, si inventano tutti i sistemi per imbrogliare la parte bassa del paese, quella che paga sempre come Pantaleone e riesce a pagare ancora, mi auguro che i lavoratori trentini rispondano no a questo accordo capestro sulle pensioni, per dare proprio una risposta decisiva a chi voleva utilizzare ancora queste forze sane del paese a scopi tangenziali, di recupero di potere e di capacità distributiva di denaro pubblico.

Quindi lamentarsi oggi ed avere approvato il Governo Amato e con il Governo Berlusconi ed aver approvato il Governo Dini, concedetemi questo, non fatelo per correttezza e coerenza, avete approvato - e qui chi ha approvato è anche la Lega nord - il bilancio di previsione 1995 del Governo, e lì c'era la tassa, è stato approvato l'anno precedente nel 1994, e lì c'era la tassa, e si viene in Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige per dire 'facciamo una legge-voto che elimini questa tassa', no, ragazzi, perché chi ha detto di no a questo tipo di tasse e ha fatto in modo di votare contro fino alla fine è stata Rifondazione comunista, anche accusata da una parte che non voleva appoggiare questo Governo, ma che di fatto è un proprio Governo, che è il Governo Dini, criticata perché voleva distruggere l'economia italiana; e distruggere l'economia italiana qual è? Quella di votare contro una previsione di bilancio che contiene queste tasse distribuite sul territorio e chiedere che i comuni possano fare loro le tasse che decidono meglio applicate? Allora facciamo un atto di coerenza, come dicevo, se l'equità la desideriamo veramente, facciamo in modo a partire dal Trentino-Alto Adige che le tasse siano pagate proporzionalmente alla propria capacità economica e la propria capacità economica è rilevata solo attraverso una dichiarazione obbligatoria di tutte le proprietà, sia immobiliari che valutarie, ed è in poche parole la patrimoniale, che esiste in tutti i paesi d'Europa, ma solo qui in Italia ci si spaventa davanti a questa parola, questo messaggio che sembra voglia scoprire le amanti che uno possiede in altri paesi o in altre regioni, non è così, è proprio una voglia di tenere nascosto allo stato la situazione economica del singolo soggetto che fa parte dello stato, giochiamo la partita assieme e facciamo in modo di chiedere con un emendamento che presenterò, se trovo chi me lo sostiene, l'inserimento della patrimoniale a livello nazionale, allora sì faremmo anche i conti della TOSAP, della tassa sulle terrazze, della tassa sulle tubazioni, della tassa sulla casa, su tutte le tasse che si sono inventati coloro che ci governano per scaricare sugli enti locali incapacità governative di acquisizione di bene per poter distribuire sul territorio.

Ecco dove chiedo che ci sia un atto di coerenza; anch'io sono capace di dire ai commercianti che non sono d'accordo e che farò le iniziative tese ad eliminare questa TOSAP e poi a livello governativo i miei rappresentanti di partito - termino, signor Presidente - votano le finanziarie che applicano ancora percentuali più alte della stessa tassa o inventano, come dicevo, la tassa sulla tubazione, che è il massimo della fantasia che uno possa esprimere anche a livello economico.

Quindi un no secco a come si è proceduto attraverso questo Voto, cercherò, come vi dico, un emendamento che instauri una richiesta di patrimoniale.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Benedetti. Er hat das Wort.

BENEDETTI: Grazie, signor Presidente. Mi vengono in mente le parole di qualche giorno fa di Bossi, che dice che forse non è più il caso di parlare di destra e di sinistra, ma è il caso che intavoliamo un discorso politico differente, cioè fra chi vuole essere conservatore e tra chi vuole realmente riformare. Non ho dubbi nell'affermare che nella conservazione Gasperotti si troverebbe estremamente bene. Non vorrei che avesse un concetto del federalismo distorto o quanto meno che avesse seguito solo quello che c'è in campo adesso che di federalismo ha realmente poco, il problema che stiamo trattando con questa mozione, come pure il problema precedentemente trattato sul fatto del calcolo della tassa sui rifiuti solidi urbani, sta proprio a significare come il federalismo risolverebbe questi problemi e quindi è impensabile che in uno stato come il nostro, dove realtà assolutamente differenti tra il nord e il sud, ma vediamo noi tra il Trentino e l'Alto Adige che ci sono e quindi le abbiamo in casa, si possa, su leggi di questo tipo, che vanno a finanziare la finanza locale, legiferare in quel di Roma e quindi calare dall'alto una legge che poi, proprio per le diversità, ma anche per i parametri di calcolo e per quant'altro si voglia, sono estremamente diverse sul territorio.

Quindi federalismo fiscale sì, ma sono stato abbastanza critico anche con l'ultima proposta Tremonti, il federalismo fiscale non vuole dire fare incassare le tasse al comune, federalismo fiscale vuol dire che io stato so di quanto ho bisogno per fare funzionare la mia macchina e chiedo in proporzione alla ricchezza delle regioni quanto ho bisogno, per quanto riguarda il resto ogni regione ed ogni provincia farà le sue scelte ed andrà ad applicare le tariffe che riterrà opportuno proprio per far sì che il funzionamento del proprio comune o della propria provincia o regione sia ad hoc.

Questo non solo farebbe risparmiare denaro, sarebbe più congruo e quindi si calerebbe in un ambito più piccolo e quindi più controllabile, ma farebbe anche sì che cade quella pregiudiziale che ha affermato Gasperotti che dice dell'incapacità governativa degli enti locali, per forza c'è incapacità governativa, se caliamo tutto dall'alto, continuiamo a condannare questa provincia, ma penso che sia uguale anche in quel di Bolzano, perché è una provincia madre e matrigna che vuole l'imprimatur su tutto, allora è logico che il sindaco del determinato paese non verrà mai rivalutato, se non ha gli strumenti per agire difficilmente riusciremo a valutarlo noi che siamo nella politica, ma più difficoltà ancora avrà il cittadino comune, che non farà un giudizio sul sindaco eletto direttamente per le sue capacità, ma per l'amicizia o per fattori che

esulano dal fatto della buona amministrazione, quindi gradirei esplicitare questo concetto di federalismo come lo concepisco io, siccome il modello è diventato attuale e tutti mettono in campo qualche proposta, penso che federalismo voglia dire quanto io ho brevemente esplicitato.

Qui si propone di modificare, non di annullare questa tassa, non è che si faccia un piacere al commerciante, se i dati sono quelli reali che il cons. Divina con altri firmatari ci ha portato, che per un giardinetto esterno di 40 metri quadri la tassa ammonta a 6 milioni al mese, penso che anche il cons. Gasperotti può avere la sensibilità di dichiarare che questa è una tassa iniqua, va, a nostro avviso, modificata, non è che si faccia una guerra di apparato, come spesso succede nell'estrema sinistra che lei rappresenta, quindi mi sembra più che giustificato questo Voto, al quale darò il mio assenso.

Lei parlava anche di tasse proporzionalmente alla capacità economica, d'accordo, teniamo sempre presente quel fattore di rischio che ha l'autonomo, l'esposizione e il lavoro che dà ad altra gente, quindi penso che bisognerebbe fare un discorso molto più comprensivo, quindi se ci cimentiamo oggi su questi campi penso che tra qualche giorno saremmo ancora qui a discuterne. Qui è in campo una proposta che mi sembra estremamente chiara, che io mi sento di sottoscrivere. Grazie.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen? Niemand.

Abg. Muraro zuerst und dann Assessor Holzer. Prego Consigliere.

MURARO: Grazie, signor Presidente. Sarò estremamente veloce, anche perché dico subito che questo Voto è immediatamente condivisibile da parte nostra, ma indubbiamente la materia è estremamente complicata, perché questo non sta altro che a suffragare le richieste che più di una volta abbiamo portato avanti in quest'aula, anche all'interno del Consiglio provinciale, cioè una richiesta di andare a delegificare, anziché continuare a legiferare. La richiesta proveniva da una constatazione di fatto, cioè il prendere atto che a livello nazionale, fra normative e leggi che governano la vita dei cittadini in Italia, sono oltre 150 mila, quando pensiamo che la stessa vita dei cittadini è regolata in paesi limitrofi europei quali la Francia da 7 mila leggi e la Germania da 6 mila, pensare che in Italia il cittadino si debba districare all'interno di una giungla di 150 mila leggi provoca gli effetti che sono sotto gli occhi di tutti, ultimo caso quello che stiamo esaminando oggi, appunto l'applicazione di una legge chiamata 'legge TOSAP', una legge nata male, modificata ancora peggio ed arrivata ad una applicazione in maniera non corretta da parte di comuni. Diciamo subito che all'aumento di confusione hanno contribuito anche i nostri stessi uffici a livello provinciale, gli uffici degli enti locali che erano chiamati a dare una interpretazione o a indicare ai comuni come dovevano venire applicati questi vari decreti-legge, perché qui non parliamo di una legge, parliamo prima di arrivare alla legge, che era quella del 28 ottobre 1994, era stata preceduta da ben 3 decreti-legge.

Indubbiamente la faccenda è nata con il primo decreto-legge, che viene richiamato anche in questo Voto, è il n. 507, mi dispiace dover fare un appunto al

consigliere che è intervenuto prima di me, l'amico Gasperotti, non voglio difendere nessuno, ma nella fase di discussione ancora della finanziaria 1994 erano stati presentati emendamenti, sappiamo da che forza politica sono stati presentati, per ottemperare o quanto meno per cercare di abbassare l'intervento che i comuni sarebbero stati obbligati a dettare ai propri cittadini per l'applicazione di questo decreto nato male e proseguito peggio. Nella fase di discussione della legge finanziaria 1994 erano stati presentati degli emendamenti e diciamo subito che uno in particolare era stato accolto, vorrei citare proprio all'amico Gasperotti l'emendamento accolto, che diceva testualmente: 'Per l'esercizio 1995 il comune con propria delibera può rideterminare entro il 30 novembre 1994 le tariffe di talune categorie, ovvero esonerare da pagamento per quanto riguarda la tassa per l'occupazione di spazi ed aree pubbliche, purché il gettito complessivo non sia inferiore a quanto previsto applicando il disposto del comma 11 bis'. Questo vuol dire che addirittura dava facoltà ai comuni, purché le entrate dell'anno successivo non fossero inferiori a quelle dell'anno precedente, di esonerare determinate categorie, questa possibilità che è stata data ai comuni se veniva applicato questo emendamento proposto, la cosa si risolveva all'inizio, non si sarebbe avuta tutta quella serie di complicanze che si è avuta, pensiamo soltanto ad un caso, all'applicazione in maniera scorretta da parte dei comuni, torno a dire con l'aiuto degli uffici degli enti pubblici provinciali, che ha portato, per esempio, a determinare il costo per l'affitto di 6 metri quadri per un cittadino che esplica l'ambulante nel comune, facciamo riferimento specifico, di Cavalese, obbligato a pagare 110 mila lire al giorno per l'usufrutto di 6 metri di area pubblica, questo vorrebbe dire che applicato per 52 settimane, prendiamo atto che magari qualcuno per un mese non vi si fosse recato per farsi le ferie, ma 52 settimane sarebbe stato il lavoro di questo ambulante in quel comune, per 6 metri per 52 settimane comportava una spesa di circa 6 milioni, a questo punto penso che forse a quell'ambulante sarebbe convenuto affittare un negozio in paese e gli sarebbe costato molto meno di 6 milioni.

Dicevamo che l'estrema complicatezza di questi decreti oltre al 507, che era il decreto iniziale che prevedeva questa tassa di occupazione delle aree pubbliche, il secondo decreto era il 566 del 28 dicembre 1993, che all'art. 11 bis, attraverso l'emendamento proposto dalla forza politica in Parlamento, aveva previsto l'abbassamento di queste aliquote; dopo di che siamo giunti ad un altro decreto, che prevedeva addirittura l'art. 11 ter, cioè agevolazioni dando possibilità ai comuni di esonerare determinate categorie, nemmeno questo è stato applicato, perché anche da parte di determinati comuni, ai quali è stato fatto presente come l'introito che avrebbero ricevuto per l'anno 1995 sarebbe stato superiore a quello del 1994, quindi avrebbero rispettato quanto previsto da quel decreto, osservando questo, pur prendendo atto di questo gli stessi comuni, sempre forse sollecitati in maniera scorretta, a mio avviso, dagli uffici provinciali, hanno pure applicato la tassa in maniera scorretta, portando logicamente a delle grosse discriminanti, suscitando logicamente l'ira di parecchi cittadini.

Dopo parecchi di questi decreti arriviamo quindi alla legge ultima, che è la legge 28 ottobre 1994. Che fa testo, a questo punto, non sono più i decreti, ma la

legge, perché la legge è stata approvata e la legge 28 ottobre 1994 recita testualmente all'art. 11 ter, che riprende parte del decreto o parte dell'emendamento proposto nel decreto 566: 'per l'esercizio 1995 il comune con propria delibera può rideterminare entro il 31 dicembre 1994 le tariffe di taluni fattispecie, ovvero esonerarle per quanto riguarda la tassa per l'occupazione di spazi ed aree pubbliche, purché il gettito complessivo non sia inferiore a quanto previsto applicando il criterio dell'11 bis', cioè quell'11 bis che era stato modificato. 'La rideterminazione delle tariffe deve comunque avvenire in modo tale che per una o più fattispecie non siano previsti incrementi superiori al 25% rispetto alle tariffe dell'anno precedente.', normalmente le leggi italiane sono abbastanza complicate, non sono certamente un tecnico, ma leggendo questo articolo mi sembra estremamente chiaro, i comuni possono esonerare dal pagamento determinate categorie, possono determinare le aliquote in base a dei criteri che erano stati stabiliti, tenendo presente gli abitanti del paese, la categoria alla quale appartiene, ma non avrebbero potuto applicare un aumento superiore al 25% rispetto alle tariffe dell'anno precedente, cioè rispetto alle tariffe dell'anno 1994, oggi assistiamo a parecchie lagnanze che arrivano da numerosi cittadini, soprattutto da quei cittadini che esplicano attività di ambulante, che ci segnalano come una differente applicazione, una disparità da comune a comune, pensiamo a Riva del Garda, a Rovereto, a Cavalese, alla stessa Valsugana, dove ogni comune applica un regolamento fatto chi tenendo presente il decreto 566, chi il decreto 507 e chi, in ultima analisi, cioè i comuni i quali per ultimi hanno proceduto alla stesura di un regolamento per l'applicazione di questa legge, hanno tenuto presente la legge del 28 ottobre, che era l'ultimo testo sul quale basarci. C'è una enorme disparità di applicazione di questa legge, che indubbiamente porta alla necessità di intervenire quanto prima, mi auguro che questo documento possa servire, ma sono convinto che più che intervenire a livello governativo, basterebbe intervenire anche immediatamente, e questo è possibile farlo, a livello provinciale attraverso gli uffici degli enti locali, per fare in maniera che tutti quei comuni che non si sono sottoposti alla legge 28 ottobre, quanto meno ne tengano conto.

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)

(Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: La parola alla Giunta.

HOLZER: Ritengo di dover dire che dopo una approfondita analisi della questione la Giunta si dichiara favorevole ad approvare questo Voto, pur ricordando che il Governo centrale spesso ha fatto in materia finanziaria, di tassazione, delle scelte completamente errate, d'altra parte non tenendo conto di quella che è obiettivamente la realtà delle diverse situazioni. Nel caso specifico si viene a colpire soprattutto gli imprenditori, il settore commerciale, il settore produttivo, i cantieri di lavoro, quindi l'invito che rivolgo è quello di votare e di approvare questo Voto, affinché venga ridotta la tassa, anche perché comunque non sarà certamente abolita, ma riportata entro limiti accettabili, anche per coloro che operano nel campo della produzione.

PRESIDENTE: Faccio presente che è stato presentato un emendamento dal primo firmatario, d'accordo con gli altri firmatari, che modifica il dispositivo, ne dò lettura: 'Al primo comma del dispositivo del Voto è aggiunto il seguente secondo comma:

2) - "far chiarezza circa la corretta applicazione da parte dei comuni, dell'incremento massimo da applicare per l'anno 1995 come previsto dal D. Lgs. n. 507/1993 che confligge coi dettami del D. Lgs. 566/1993".'

Credo di avere letto bene l'emendamento al dispositivo.

E' stato a tutti distribuito e reca il n. di prot. 2399, di data 20 gennaio.

Intende illustrarlo, cons. Divina?

DIVINA: E' tutto corretto. Considerando che la normativa ha continuato ad essere emanata dall'anno in cui abbiamo presentato questo, andrebbe aggiunto forse all'emendamento un capoverso: 'e la successiva disciplina intervenuta', perché se domani esce un terzo decreto o una legge che ridisciplina... A questo punto chiediamo un aggiustamento di tutta la normativa, che già abbiamo notato confliggere e che con la normativa successiva ancora di più si trova in contrasto, andrebbe forse aggiunto ancora un capo: 'che confligge con i dettami del decreto legislativo 566 del 1993 e la successiva normativa intervenuta', così lasciamo anche aperto.

PRESIDENTE: Bene, mi pare che nessuno intende intervenire sull'emendamento.

Pongo in votazione l'emendamento e poi il Voto così emendato.

Chi è favorevole all'emendamento è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con nessun voto contrario, 1 astensione e tutti altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Pongo in votazione il Voto così emendato. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 1 voto contrario, nessuna astensione e tutti gli altri favorevoli il Voto n. 3 è approvato.

Comunico che dal Voto n. 2 è stata ritirata la firma di Benedikter e sostituita da quella del collega Willeit; ne ho già dato lettura e l'emendamento è stato pure illustrato; se nessuno si oppone metto in votazione l'emendamento e il Voto così emendato. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Pongo in votazione l'emendamento, il dispositivo che è stato concordato con la Giunta. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 1 voto contrario, nessuna astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Qualcuno intende prendere la parola sul Voto così emendato? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 1 voto contrario, nessuna astensione e tutti gli altri favorevoli, il Voto così emendato è approvato.

Passiamo al prossimo punto dell'ordine del giorno: **Voto n. 4, presentato dai consiglieri regionali Frasnelli, Kasslatte Mur, Denicolò, Messner, Mayr Christine e Berger, concernente la realizzazione a livello europeo di misure contro l'estremismo di destra, la xenofobia, il razzismo e il nazionalismo.**

La parola al cons. Denicolò

DENICOLO': Ich ersuche um die Vertagung dieses Begehrensantrages auf die nächste Sitzung.

PRESIDENTE: E' stato chiesto il rinvio di questo punto all'ordine del giorno.

Passiamo al prossimo punto dell'ordine del giorno: **Mozione n. 20, presentata dai consiglieri regionali Passerini, Arena, De Stefani, Benedetti, Chiodi, Gasperotti e Pinter, concernente un progetto per un efficiente centro di documentazione per Regione e Provincia, a supporto dell'attività dei consiglieri e dei dipendenti.**

Il primo firmatario, cons. Passerini, intende dare lettura ed illustrare la mozione?

PASSERINI: Grazie, signor Presidente.

MOZIONE

PROGETTO PER UN EFFICIENTE CENTRO DI DOCUMENTAZIONE PER REGIONE E PROVINCIA A SUPPORTO DELL'ATTIVITA' DEI CONSIGLIERI E DEI DIPENDENTI

Presso ciascuno dei seguenti organi istituzionali: Consiglio regionale, Giunta regionale, Consiglio provinciale, Giunta provinciale è operativa una biblioteca.

1) Biblioteca del Consiglio regionale

Fu la prima ad essere istituita. Originariamente era stata concepita come una biblioteca con opere di respiro generale (letteratura italiana, autonomie regionali, altre tematiche rilevanti per l'autonomia -federalismo-, economia, ecc.) che con il passare del tempo hanno assunto anche un valore storico. Successivamente, anche per problemi di bilancio, tale caratteristica è andata via via scomparendo e la biblioteca si è trasformata in uno strumento di supporto all'attività dei consiglieri regionali e provinciali anche nel corso delle sedute, data la sua felicissima ubicazione (sullo stesso piano dell'aula). Una parte del patrimonio, circa 2.000 volumi, è dislocata a Bolzano.

Attualmente lo spazio a disposizione nella sede di Trento è molto ridotto e i locali sono prossimi alla completa saturazione.

Si tratta di una biblioteca vera e propria, istituita con apposito regolamento dell'Ufficio di Presidenza della Regione, aperta con precisi orari al pubblico a favore del quale è previsto anche il prestito.

La dotazione di libri, 6.000 a Trento e 2.000 a Bolzano, e di riviste, 30 testate, ne fa una biblioteca di dimensioni discrete. I libri presenti sono schedati secondo il sistema storico, ormai abbandonato da tutte le biblioteche, che ne rende naturalmente più complicata la ricerca. Ogni anno vengono acquistati circa 150 volumi e lo stanziamento in bilancio è di lire 35 milioni comprendente peraltro anche gli oneri per i resoconti stenografici delle sedute consiliari e per la loro rilegatura.

Sono impiegate 2 unità di personale, un funzionario di VIII livello ed un'impiegata di V livello bilingue considerato che si tratta di una istituzione regionale.

Una particolarità di questa biblioteca consiste nel fatto che a termini di regolamento (v. articolo 7) essa dovrebbe accrescersi, oltre che tramite acquisti e donazioni, anche con "l'esemplare d'obbligo delle pubblicazioni ufficiali della Regione e delle Province autonome di Trento e di Bolzano". Purtroppo così non è perché la Regione e le Province di fatto omettono la consegna dell'esemplare d'obbligo.

2) Biblioteca della Giunta regionale

All'interno della Regione è operante una seconda biblioteca, quella della Giunta regionale. E' ubicata al piano terra del Palazzo della Regione ed è servente nei confronti di tutti gli uffici regionali, per cui non tutti i libri acquistati sono conservati presso i locali ma alcuni sono collocati presso le singole strutture e fungono da supporto per la normale attività amministrativa dei dipendenti. Peraltro di tali volumi, previamente schedati, è sempre nota la esatta collocazione. Il sistema di schedatura utilizzato è la Classificazione Decimale Dewey (DDC) ormai universalmente adottata dalle biblioteche, comprese quelle del sistema bibliotecario trentino. Grazie anche a ciò si sta procedendo, tramite una convenzione con cooperative esterne, alla immissione dei dati bibliografici nel Catalogo Bibliografico Trentino (CBT) che consente alle 87 biblioteche collegate di conoscere in tempo reale il patrimonio librario di cui dispongono (finora sono stati immessi nel Catalogo Bibliografico Trentino oltre 400.000 titoli).

Si tratta di una biblioteca contenente testi riguardanti tre particolare settori di specializzazione: autonomie locali, minoranze etniche e linguistiche, organizzazioni europee e transfrontaliere. La particolarità degna di essere sottolineata è che costituisce uno dei centri ufficiali di riferimento per l'Unione Europea nella regione Trentino Alto-Adige, disponendo perciò di abbonamenti a molte riviste edite dalle diverse istituzioni comunitarie. Sono conservate presso la biblioteca anche le tesi di laurea che hanno un interesse per la Regione e che hanno ricevuto da essa un premio, nonché tutte le pubblicazioni curate dalla Regione Trentino Alto-Adige a partire dalla sua istituzione fino ad oggi.

L'attività di questa biblioteca è retta da un regolamento approvato dalla Giunta regionale con deliberazione n. 2223 del 12 novembre 1987. E' allo studio un nuovo regolamento che consenta un esercizio diverso della biblioteca - quale l'introduzione di un regolare sistema di prestito, ora previsto solamente in via informale - e che preveda una convenzione apposita con il Catalogo Bibliografico Trentino.

Sono presenti complessivamente presso la biblioteca 5.000 volumi, con un incremento annuo di circa 500, e 100 testate di riviste. Nel corso del 1993 - va ricordato che la mozione è stata presentata circa un anno fa - sono stati spesi 35.000.000 di lire per nuovi acquisti.

Presso la biblioteca sono impiegate tre unità di personale, un funzionario di VII livello, un funzionario temporaneo contrattuale sempre di VII livello ed una operatrice di V livello.

La biblioteca è inoltre dotata di collegamenti informatici con la Camera dei deputati e con altre banche dati. Anche per questa biblioteca si porranno quanto prima problemi di spazio.

3) Biblioteca del Consiglio provinciale

La biblioteca del Consiglio provinciale è situata nel sottotetto al IV piano di Palazzo Trentini. E' frequentata non solo dai dipendenti del Consiglio provinciale, ma anche da personale della Giunta provinciale e occasionalmente da soggetti esterni. Il prestito viene concesso in via informale e senza precisi limiti temporali al personale della Giunta o del Consiglio provinciale che ne faccia richiesta; per i prestiti esterni il limite è di 15 giorni. Tuttavia non esiste un regolamento che regga l'attività della biblioteca, che è sorta di fatto come supporto all'attività degli uffici e dei gruppi, e la cui esistenza (presso il servizio legislativo) è prevista nel Regolamento per l'organizzazione dei servizi e degli uffici.

E' dotata di 170 testate di riviste e di oltre 3.000 volumi, quasi tutti relativi al settore giuridico, conservati parte presso la sala aperta al pubblico, parte in alcuni armadi in altre stanze, parte in un archivio distaccato presso il palazzo della Provincia in piazza Dante e in un altro locale in via Oss Mazzurana. Alcuni testi, inoltre, sono assegnati ai singoli uffici del Consiglio. Superfluo sottolinearne i problemi di spazio. L'accrescimento annuo è di 350 volumi. Lo stanziamento di bilancio ammonta annualmente a circa 55 milioni, ma copre anche le spese di rilegatura delle riviste, quelle per i collegamenti informatici con la Corte di Cassazione, il Parlamento e con altre banche dati, oltre a quelle relative all'Osservatorio legislativo interregionale. Tuttavia i collegamenti disponibili sono poco utilizzati.

La dotazione di opere riguarda soprattutto le attività operative di interesse consiliare, quindi essenzialmente i diversi settori dell'area giuridico-amministrativa (con particolare attenzione al diritto parlamentare e regionale) oltre che le raccolte normative; meno cospicua risulta essere la presenza di opere, ad esempio, di diritto comunitario e di informatica giuridica.

Nessun dipendente del Consiglio provinciale opera a tempo pieno per la biblioteca; un funzionario di VIII livello si occupa dell'attività di consulenza interna per il Consiglio e per i Gruppi consiliari e svolge attività di indirizzo per la conduzione della biblioteca; inoltre, agiscono come supporto tecnico-amministrativo un dipendente del VI e uno del VII livello, anche questi non a tempo pieno (soprattutto nel senso che c'è commistione con le attività di documentazione e consulenza del servizio legislativo). Fra le attività connesse va menzionato almeno l'aggiornamento del Codice delle leggi provinciali e la stesura di altre raccolte normative interne, curate dal medesimo funzionario.

4) Biblioteca della Giunta provinciale

La biblioteca della Giunta provinciale è situata in alcuni locali al piano terra del Palazzo della Provincia in piazza Dante. Si tratta di una struttura ricompresa funzionalmente nel Servizio relazioni pubbliche. Al suo interno operano 4 unità, 3 di livello VII e una di V. Oltre a queste, altri dipendenti, ma non a tempo pieno, operano a supporto della biblioteca per quanto riguarda l'amministrazione e gli acquisti. Si tratta infatti di una struttura servente rispetto a tutti i servizi e uffici provinciali, nel senso che ciascuna struttura per acquistare libri, riviste o bollettini (Gazzetta ufficiale e Bollettino della Regione) si rivolge a questo Servizio il quale provvede all'acquisto. I libri vengono ingressati e quindi inviati alla struttura richiedente. I volumi di cui dispone formalmente sono 41.766 (maggio 1994), ma di questi solo 4.000 sono conservati presso i locali della biblioteca e catalogati secondo la classificazione Decimale Dewey (DDC), mentre la parte più cospicua (37.766) è presso le singole strutture provinciali. La biblioteca conserva un inventario delle opere presenti in tutta l'amministrazione, che rimangono materialmente a carico delle strutture richiedenti, ma non viene fatto alcun censimento o alcun controllo. Di fatto è possibile che i libri acquistati siano smarriti, mal conservati o abbiano, ad insaputa del Servizio Relazioni pubbliche, modificato la propria collocazione passando da una struttura ad un'altra. Fra le particolarità di questa biblioteca che meritano una segnalazione, si sottolinea la presenza:

1. di una notevole quantità di materiale giuridico-amministrativo (serie completa della Gazzetta Ufficiale e di altre raccolte di leggi, opere enciclopediche di diritto, annate di riviste specializzate);
2. di una buona raccolta di libri e pubblicazioni edita dalla Provincia.

Sono inoltre conservate le copie delle varie annate dei due quotidiani locali "L'Adige" ed "Alto Adige" e dei più importanti quotidiani nazionali a partire dal 1967.

I volumi acquistati dall'Amministrazione provinciale ammontano a 1.836 nel 1991, 1.719 nel 1992 e 1.075 nel 1993. La spesa complessiva per il 1993, comprendente libri, periodici, riviste giuridiche, ecc. è stata di lire 397.755.646. La cifra comprende anche gli abbonamenti a riviste fornite alle varie strutture.

Di tale cifra circa lire 24 milioni sono destinati alla biblioteca, mentre per il resto, quanto acquistato è stato collocato presso i vari servizi. La biblioteca non è

aperta al pubblico, ma è utilizzata sostanzialmente dai dipendenti della Provincia. I libri vengono di fatto concessi anche a soggetti esterni che, però, raramente si presentano.

Oltre alla biblioteca della Giunta, gli stessi dipendenti seguono anche la gestione libraria della "Biblioteca delle autonomie". Si tratta, di fatto, di una sezione della biblioteca, che ha finalità culturali in senso ampio, quali l'organizzazione di convegni e seminari. Presso tale biblioteca è conservato materiale relativo alla tematica delle autonomie e sono presenti 59 testate di riviste.

- - -

Questa è la situazione delle quattro biblioteche secondo le informazioni attinte personalmente presso le singole strutture e, quindi, soggette eventualmente a puntualizzazioni e integrazioni.

Tale situazione si può così riassumere:

1. Le quattro biblioteche sono cresciute in questi anni al di fuori di un vero e proprio progetto, e in alcuni casi siamo in presenza di una commistione di ruoli, quale l'abbinamento Servizio resoconti consiliari e Servizio biblioteca, che si è protratta nel tempo senza oggettive giustificazioni. Tale commistione è riscontrabile anche nei casi nei quali la biblioteca funge più da servizio acquisti per i singoli uffici che da centro di documentazione.

2. Il patrimonio complessivamente disponibile presso le quattro biblioteche è notevole: 19.500 volumi e 359 riviste con un incremento annuo di circa 1.000 volumi. I raffronti con le biblioteche di altre Regioni ci consentono di affermare che il nostro patrimonio librario non è secondo a nessuno. Ma soltanto in linea teorica, perché si dovrebbero quantificare i doppioni di libri presenti nelle quattro biblioteche. Lo stesso dato complessivo dell'incremento annuo è all'altezza delle migliori strutture. Anche qui si tratterebbe di vedere a quanto ammontano i doppioni di nuovi libri acquistati.

3. Il servizio fornito dalle biblioteche è certamente buono dal punto di vista del personale a disposizione, sia in termine di quantità (8 unità stabilmente impiegate nelle quattro strutture, cui va aggiunto il personale del Consiglio provinciale che cura la biblioteca pur svolgendo altre mansioni), che di qualità (le biblioteche sono curate con attenzione e competenza).

4. Non si può dire, peraltro, che il servizio fornito complessivamente agli utenti, attuali e potenziali, sia all'altezza dei tempi:

- non tutte le biblioteche hanno il patrimonio librario schedato;
- solo una biblioteca è collegata al Catalogo Bibliografico Trentino;
- il patrimonio delle biblioteche non è sempre conosciuto e valorizzato, nè dai consiglieri e dai dipendenti di Regione e Provincia, nè dagli esterni. Siamo in presenza di una notevole mole di materiale interessante (come quello sull'autonomia) che la collettività non conosce e valorizza nel dovuto modo;
- i problemi di spazio delle quattro biblioteche, pur con diverse accentuazioni, stanno diventando gravi.

5. Non esiste una politica coordinata degli acquisti con la conseguente moltiplicazione, come già detto, dei doppioni di libri, il che significa anche un non razionale utilizzo delle risorse. Solo recentemente sono stati avviati degli incontri tra i responsabili delle biblioteche. Ma è evidente che non basta la buona volontà degli operatori.

6. Non c'è una politica della ricerca e valorizzazione del patrimonio storico esistente (in particolare presso la biblioteca del Consiglio regionale), mentre per quanto riguarda le iniziative a supporto dell'attività dei consiglieri e dei dipendenti siamo ancora a livelli riconducibili alla buona volontà, che non manca, dei singoli operatori.

- - -

A fronte di un quadro di questo tipo si rende urgente, ormai, una profonda riorganizzazione che abbia come risultato conclusivo un efficiente e razionale coordinamento e collegamento fra le quattro biblioteche fino a pervenire ad un unico centro di documentazione, puntualmente aggiornato e con materiale schedato e immesso nel Catalogo Bibliografico Trentino. Tale iniziativa qualificherebbe le nostre istituzioni autonomistiche in un settore decisivo come quello della documentazione.

Nel contempo, probabilmente, si otterrebbero delle significative economie di scala (non è indispensabile che ogni ufficio disponga di materiale poco utilizzato, quando questo gli può essere fornito in maniera efficiente dal centro).

Il prospettato coordinamento tra le biblioteche dovrebbe avere, perciò, come fulcri fondamentali:

- a) un regolamento omogeneo;
- b) la catalogazione di tutto il patrimonio librario;
- c) una politica coordinata degli acquisti;
- d) una specializzazione delle singole biblioteche;
- e) una sistematica valorizzazione del patrimonio, e anche un suo incremento in settori poco approfonditi (economia, ecc.), in relazione alle effettive esigenze dei consiglieri e delle strutture;
- f) la produzione e distribuzione rapida di documentazione a supporto dell'attività dei consiglieri e degli uffici con particolare attenzione alle tematiche di volta in volta oggetto di trattazione da parte dei Consigli e delle Giunte;
- g) uno stretto rapporto di collaborazione con le più importanti biblioteche operanti sul territorio ai fini sia di un coordinamento degli acquisti che di una reciproca definizione degli ambiti operativi per evitare, anche in questo caso, inutili sovrapposizioni;
- h) l'impiego di tecnologie avanzate;
- i) una adeguata apertura verso l'esterno;
- l) una razionale soluzione del problema degli spazi.

Il tutto mantenendo l'attuale impiego di risorse umane e di mezzi finanziari, salvaguardando e valorizzando in particolare le competenze del personale.

Un progetto di questo tipo comporta uno stretto rapporto di collaborazione tra gli organi istituzionali interessati (Consigli e Giunte); gli ostacoli potranno essere superati dalla comune consapevolezza dell'inopportunità che in questo settore i quattro organi istituzionali continuino ad operare ciascuno per conto proprio.

In considerazione di quanto sopra esposto,

IL CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE

impegna

il Presidente del Consiglio regionale

e

il Presidente della Giunta regionale

- 1) ad adoperarsi, in coordinamento con le amministrazioni del Consiglio provinciale e della Giunta provinciale di Trento, per la formazione di un gruppo di lavoro che comprenda una rappresentanza politica consiliare, i responsabili delle quattro biblioteche, un rappresentante del Catalogo Bibliografico Trentino e un esperto in materia di biblioteconomia e documentalistica, allo scopo di pervenire, entro sei mesi dall'approvazione della presente mozione, alla stesura di un progetto di **centro di documentazione** che faccia propri gli obiettivi suesposti e definisca una proposta istituzionale per il raccordo delle quattro biblioteche citate - nel rispetto delle specificità e della sfera di autonomia di ciascun soggetto - da recepire con appositi atti delle amministrazioni coinvolte;
- 2) ad attuare, con la necessaria celerità, il progetto di cui al punto 1, in modo da poter giungere entro la fine della legislatura a un sistema di biblioteche funzionale e integrato in cui tutto il materiale sia catalogato e immesso nel Catalogo Bibliografico Trentino.

PRESIDENTE: Vuole illustrare la mozione, cons. Passerini?

PASSERINI: Grazie, signor Presidente. Brevemente, anche perché la lettura è stata molto lunga, pertanto due parole soltanto per ricordare all'aula che questa mozione è stata approvata alcuni mesi fa dal Consiglio provinciale di Trento e il gruppo di lavoro è già stato avviato, quindi se non altro a livello informale, anche i rappresentanti delle biblioteche del Consiglio regionale sono presenti, quindi il gruppo di lavoro è già attivo, se da parte dell'aula verrà una approvazione di questa mozione anche i rappresentanti delle due biblioteche della regione potranno essere presenti in forma ufficiale a questo gruppo di lavoro.

Il senso di tutto questo qual è? Ci sono 4 biblioteche fra provincia e regione, cerchiamo di organizzarle, di non spendere i soldi due volte per acquistare doppioni di libri, per informatizzare il materiale, per fornire ai consiglieri e ai dipendenti in modo più celere il materiale, per valorizzare questo patrimonio, che altrimenti è poco valorizzato, è un modo per razionalizzare le risorse e per rendere anche più proficuo il lavoro dei consiglieri: se noi quando trattiamo un certo argomento avessimo rapidamente a disposizione il materiale di documentazione o articoli di riviste che queste biblioteche potrebbero fornirci, certamente anche il nostro lavoro potrebbe svolgersi in maniera ottimale, teniamo presente che abbiamo biblioteche il cui materiale non è ancora stato catalogato e rischiano di essere le ultime in Trentino.

Ci stiamo avviando al 2000 ed è il caso di modernizzarsi un po' nell'organizzare queste strutture e quindi utilizzando anche le capacità del personale a disposizione e valorizzandolo in modo pieno, credo, e con me concordano i firmatari di questa mozione, sia il caso che si razionalizzi questo settore in modo che possa essere davvero di supporto all'attività nostra e dei dipendenti della regione e della provincia.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire?

La parola al Presidente della Giunta.

GRANDI: Signor Presidente e signori consiglieri, su questo argomento ero già intervenuto dai banchi del Consiglio provinciale ed avevo cercato di spiegare le ragioni per le quali davo la convinta adesione a questa mozione, perché sono convinto che effettivamente ci sia bisogno di questo coordinamento, perché sono convinto che abbiamo un patrimonio importante, sono altrettanto convinto del fatto che questi sono strumenti indispensabili non solo in senso stretto per l'attività dei consiglieri, ma sono strumenti sempre più utili anche per raggiungere quell'obiettivo di una corretta messa a disposizione di strumenti sulla nostra specifica situazione istituzionale ed allora, senza fare perdere tempo al Consiglio, anche perché gli argomenti che dobbiamo trattare sono ancora tanti, ribadisco qui quella convinta adesione da una parte e dall'altra assicuro il proponente della mozione che la regione, almeno per quanto riguarda la Giunta, farà fino in fondo la propria parte, aderendo quindi a questo gruppo di lavoro, per la partecipazione al gruppo di lavoro pensiamo di designare il dott. Zaffi a farvi parte e vedremo peraltro di seguire direttamente i lavori come Giunta regionale. Quindi la Giunta dà il proprio voto convinto in modo favorevole e designa questa persona e chiede che con altrettanta determinazione vi facciano parte gli altri enti e che effettivamente per la fine dell'anno ci si possa trovare con questo documento conclusivo sottoscritto da tutte le componenti in modo che con il prossimo anno si possa partire con questa nuova esperienza.

PRESIDENTE: Se posso aggiungere qualche cosa anch'io, visto che il Consiglio aveva già messo a disposizione il proprio bibliotecario dopo essere stata approvata questa mozione dal Consiglio provinciale, il Presidente ha autorizzato il responsabile a parteciparvi; condivido lo spirito, le finalità e gli obiettivi che vuole raggiungere il

primo firmatario, al quale mi sento di riconoscere pubblicamente il merito di aver preso in mano un argomento sentito e un problema che va affrontato, l'unica perplessità riguarda i tempi, 'entro 6 mesi dall'approvazione della presente mozione, alla stesura di un progetto di centro di documentazione', sui tempi avrei un po' di riserve, pure impegnandoci ad attivarci immediatamente, credo che forse fra 6 mesi, non vorrei sbagliarmi... In ogni modo, l'unica riserva è solo questa.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Lei ha ragione, non è ordinario.

In ogni caso dichiaro la disponibilità da parte dell'Ufficio di Presidenza di attivarci e di collaborare anche nel rispetto di questa mozione se verrà approvata dall'aula.

Sull'argomento la parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Da steht im beschließenden Teil Punkt 1: sich einzusetzen, damit in Abstimmung mit den Verwaltungen des Landtages und des Landesausschusses von Trient eine Arbeitsgruppe eingesetzt werde, die sich aus einer Vertretung der Ratsfraktionen, aus den Verantwortlichen der vier Bibliotheken, einem Vertreter des "Bibliographischen Katalogs des Trentino" und einem Experten in Bibliotheksführung und Dokumentation zusammensetzt, usw." Man vergißt ganz, daß es auch in Bozen eine Außenstelle der Regionalbibliothek gibt und dann gibt es selbstverständlich eine Bibliothek der Landesverwaltung bzw. des Landtages und eine Landesbibliothek. Und ich glaube es wäre gut, daß auf diesem kleinen Raum, ich meine jetzt die Region Trentino-Südtirol und die Provinzen Bozen und Trient zusammengenommen, die Bücher, die interessieren - und es wären viele, die interessieren, wie etwa alle internationale Dokumente über Selbstbestimmungsrecht, über Minderheitenschutz usw. - wirklich systematisch gesammelt werden, sei es von den Vereinten Nationen, sei es von der Europäischen Union, aber nicht in dreifacher Ausgabe, sondern einmal. Dafür sollte aber alles gesammelt werden, damit man sich nicht nach Genf wenden muß, an die Menschenrechtskommission oder an die Weltgesundheitsorganisation oder was immer, sondern daß man alle Dokumente hier hat. In Bozen gibt es auch diese europäische Akademie, die auch diese Dinge behandelt. Wie gesagt in Trient ist die Universität, die sich auch damit befaßt, damit sie Geld bekommt von der Provinz Trient usw. Aber es soll doch wenigstens so viel Vernunft sozusagen herrschen, daß man sagt, es genügt, wenn diese Unterlagen einmal in der Region bestehen, ob sie dann in Trient oder zum Teil in Trient oder zum Teil in Bozen gelagert werden das ist Nebensache. Ich habe jüngst immer wieder vorgeschlagen, daß sich die Regionalbibliothek Unterlagen beschafft von den Vereinten Nationen und von Brüssel und von Genf, wo der Sitz wesentlicher Ämter der Vereinten Nationen gegeben ist. Wenn man schon davon ausgeht, es soll koordiniert werden - Koordinierung der vier Bibliotheken in Trient - dann soll man Bozen miteinbeziehen, damit man in Bozen nachschlagen kann, was es gibt. Entweder es ist Bozen greifbar oder es ist in Trient greifbar, aber so daß es

systematisch geordnet ist und sofort greifbar ist. Ich glaube, es soll nicht nur koordiniert werden zwischen der Provinz Trient und der Provinz Trient usw., sondern in der Region insgesamt, weil das ja auch bedeutet, daß man weniger Geld ausgeben würde und daß man eben über eine einheitliche Liste der vorhandenen Bücher verfügt. Man könnte die Bücher somit immer zeitgerecht, so bald sie erscheinen, beschaffen.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Il primo firmatario intende replicare?

Prego, cons. Passerini.

PASSERINI: Brevemente, innanzi tutto prendo atto dell'appoggio da parte del Presidente della regione Grandi e del Presidente del Consiglio Tretter a questa mozione e volevo riprendere alcune importanti osservazioni fatte dal cons. Benedikter. Concordo con quanto detto dal cons. Benedikter, direi però che dobbiamo fare un passo alla volta, cominciamo a coordinare le biblioteche che ci sono qui e cominciamo a coordinare le biblioteche fra Trento e Bolzano, altrimenti non cominciamo più, è già piuttosto complesso coordinare il lavoro tra le realtà esistenti qui, credo che potremmo, magari anche assieme, proporre una mozione fra breve in cui impegniamo il Consiglio a coordinare anche le iniziative della provincia di Bolzano, perché qui non è questione di province o di gelosie provinciali, quando si cerca un documento o un libro da una parte o dall'altra ci deve essere e deve essere fornito in tempi brevi, rapidi e ciascuno lo deve trovare e attraverso i sistemi informatici ormai da Trento o da Bolzano un documento lo si deve reperire rapidissimamente, non è possibile andare avanti ciascuno per proprio conto.

Allora sarei dell'opinione di muoverci adesso su questo tipo di iniziativa, cominciando a coordinare queste strutture esistenti, in un secondo momento bisognerebbe sentire anche i colleghi della provincia di Bolzano, parlare anche con i responsabili di quelle biblioteche, non credo che in questa sede possiamo adottare delle decisioni senza avere sentito preliminarmente i diretti responsabili. Quindi volevo proporre al cons. Benedikter che i prossimi mesi potremmo verificare la situazione a Bolzano e poi, anche assieme, proporre una mozione, sentendo i responsabili delle biblioteche di Bolzano, per fare un passo successivo. In questo momento, non avendoli sentiti direttamente, non mi sento di impegnarli su una cosa della quale non abbiamo finora chiesto nulla, però l'obiettivo è quello e concordo con quello di arrivare a coordinare il tutto.

Volevo ricordare comunque che la sezione della biblioteca regionale presente a Bolzano è citata qui dentro, quindi i 2000 volumi della biblioteca del Consiglio regionale presenti a Bolzano sono ricordati in questa relazione, sono quindi tenuti presenti.

PRESIDENTE: La parola alla cons. Klotz.

KLOTZ: Als Stimmabgabeerklärung, Herr Präsident.

Und zwar ist hier ganz einfach eine Vereinnahmung der Regionalbibliothek durch den Trientner Landtag und Trientner Landesausschuß für mich herauszulesen. Denn diese Kommission wird oder soll zusammengesetzt werden aus der Vertretung der Ratsfraktionen des Landtages und des Landesausschusses von Trient. Es geht hier um die Errichtung eines Dokumentationszentrums und das ist wiederum in Trient. Und obwohl wir uns mit dieser Region nie einverstanden erklärt haben, sind wir aber nicht der Meinung, daß beispielsweise eine Bibliothek oder ein Dokumentationszentrum ausgerechnet immer hier in Trient gelegen sein und eingerichtet werden muß. Es ist für uns eine grundsätzliche Frage, denn immerhin geht es um den Einsatz von vielen Geldmitteln und diese Geldmittel bestehen auch aus dem südtiroler Anteil. Also nicht nur aus dem trentiner Anteil von Steuerquellen. Außerdem eben geht es auch um die Verfügbarkeit von Büchern und Nachschlagewerken und Zeitschriften und hier bin ich schon auch der Meinung, daß wir Südtiroler uns hier auch wehren sollten, daß wir zumindest einen Anteil haben und einen entsprechenden Zugang und es macht eben einen Unterschied, ob das nun in Trient als Dokumentationszentrum eingerichtet wird oder ob es meinetwegen aufgeteilt wird zwischen Trient und Bozen, so daß auch die Abgeordneten, aber auch die Bürger Südtirols einen gleichberechtigten Zugang in diesem Falle haben. Ich gehe vom Text aus, den wir hier vorliegen haben. Ich verstehe schon, daß der Einbringer davon spricht, er will einen ersten Schritt setzen und dann in einer zweiten Phase den Zugang für Südtirol regeln, aber für uns ist es eben doch auch wichtig, daß wir von vornherein klarstellen, daß wir mit einer Vereinnahmung nicht einverstanden sind, mit einer totalen Vereinnahmung und die spricht hier aus dem verpflichtenden Teil. Im einleitenden Teil hat er natürlich recht, wenn er sagt, es ist notwendig, daß man endlich einen Gesamtüberblick bekommt, daß man weiß wieviele Bücher vorhanden sind, wieviele Bücher nicht mehr zurückgegeben worden sind. Das ist selbstverständlich, daß man eine einheitliche Regelung trifft, daß man dieselben Bücher nicht dreimal ankauft. Das ist schon klar. Aber zumindest einige davon sollte man zweimal ankaufen, nämlich für ein Dokumentationszentrum meinetwegen in Trient aber auch für ein Dokumentationszentrum in Bozen.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Nessuno.

Pongo in votazione la mozione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 3 voti contrari, nessuna astensione e tutti gli altri favorevoli, la mozione è approvata.

Passiamo al prossimo punto dell'ordine del giorno, la **Mozione n. 21**, presentata dai Consiglieri regionali Palermo, Muraro e Divina, concernente la gestione del servizio mensa e dei buoni pasto Passlunch per i dipendenti regionali e provinciali.

Il primo firmatario intende dare lettura ed illustrare la mozione?

La parola al cons. Palermo.

PALERMO: In base ad accordi con l'assessore, abbiamo deciso di rinviare la trattazione di questo punto all'ordine del giorno, essendovi in corso provvedimenti da parte dell'amministrazione per risolvere i problemi segnalati nella mozione.

PRESIDENTE: Comunico al primo firmatario che non metterò più la mozione all'ordine del giorno fino a quando non avrò una comunicazione scritta da parte sua.

PALERMO: Mi auguro che se questi problemi che, mi si dice da parte dell'assessore, sono in corso di risoluzione anche con partecipazioni sindacali, allora potremmo trattare la mozione adeguatamente, perché è in via di risoluzione, almeno per il futuro.

PRESIDENTE: Lei sa che il documento non muore, tanto per intenderci, ma aspetto da lei delle indicazioni.

Passiamo al prossimo punto dell'ordine del giorno, **il Voto n. 5, presentato dai consiglieri regionali Tretter, Andreotti, Grandi, Kasslatte Mur, Durnwalder e Alessandrini, riguardante le targhe automobilistiche previste dal nuovo codice della strada.**

E' un documento che è stato sottoscritto da tutti i Presidenti, è prassi che il Presidente non firmi documenti, ma questa volta questo documento trova l'assenso da parte dei Presidenti delle Assemblee legislative e dei due Presidenti della provincia di Trento e di Bolzano.

La parola al Presidente della Giunta regionale per la lettura e l'illustrazione del Voto.

GRANDI:

V o t o n. 5

Premesso che le targhe automobilistiche previste dal nuovo codice della strada sono completamente generiche e prive di ogni indicazione sulla località di immatricolazione;

Preso atto che la Regione Valle d'Aosta ha adottato all'unanimità in data 16 febbraio 1993 la risoluzione n. 4220/IX con la quale il Consiglio, nel far presente l'attaccamento che il popolo valdostano ha sempre avuto verso il proprio simbolo, tanto da diventare una sorta di riconoscimento dello status particolare dell'autonomia, chiedeva al Governo e al Ministro dei Trasporti che il leone rampante sulle targhe potesse essere mantenuto per tutti i veicoli immatricolati in regione. A seguito di tale deliberazione anche sulle nuove targhe automobilistiche la Regione valdostana è riuscita a far imprimere il proprio stemma;

Rilevato che apporre sulle targhe gli stemmi locali assume anche il significato di affermare una appartenenza che è giusto rivendicare proprio perché non si devono annullare le singole specificità sul piano nazionale ed europeo;

Tutto ciò premesso, anche in considerazione del positivo esito avuto dalla iniziativa della Regione autonoma Valle d'Aosta,

IL CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE

ai sensi dell'articolo 35 dello Statuto speciale di autonomia,

fa voti al Governo
e al Ministro dei Trasporti,

affinché alle targhe di tutti i veicoli immatricolati nella Regione Trentino-Alto Adige venga aggiunto il simbolo ufficiale delle Province autonome di Trento e di Bolzano.

Credo che l'argomento sia di grande evidenza, per il come è stato trattato sia di altrettanta chiarezza, per cui anche per questo Voto credo che non serva sprecare inutilmente del tempo, peraltro mi permetto di sottolineare intanto anche da parte mia l'importanza che su questo argomento si sia trovata l'intesa di tutti i Presidenti, anzi tutto dei legislativi e poi degli organi esecutivi, inoltre mi preme dire che vi è da parte della popolazione in generale un senso di dispiacere diffuso, poiché le targhe sono indistinguibili dal punto di vista della abitudine alla quale ci si era assuefatti da molti decenni per il fatto che era possibile attraverso la targa, con il fatto che la targa aveva appostata la città, riconoscere la provenienza dell'automobile, purtroppo questo con le ultime disposizioni ministeriali non è più possibile.

Punto terzo, riteniamo che il precedente della Valle d'Aosta sia interessante, per cui ci si è attenuti ad una ipotesi analoga nel momento in cui si è cercato non solo di avanzare una lamentazione, ma anche una proposta, quindi senza aggiungere altro chiederemmo l'adesione convinta di questa Assemblea legislativa e se il Voto dovesse essere accolto, sempre d'intesa con i Presidenti degli organi legislativi ed amministrativi, vedremo di muoverci in modo che anche per la regione Trentino-Alto Adige sia quanto meno possibile vedere sulle targhe automobilistiche affisso il nostro simbolo, peraltro non è detto che si possa anche chiedere che magari questo valga per tutte le regioni, a quel punto non è detto che si possa trovare anche qualche altro motivo di distinzione, peraltro apporre il simbolo del Trentino-Alto Adige sarebbe un elemento, come dice il secondo comma della relazione introduttiva, anche elemento interessante dal punto di vista dell'affermazione di una appartenenza, che di questi tempi diventa un valore sempre più sentito dalla gente.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sul Voto?

La parola al cons. Leitner.

LEITNER: Ich werde diesen Begehrensantrag unterstützen und es freut mich, daß hier auch der Landeshauptmann Durnwalder unterschrieben hat, der mir auf eine

entsprechende Anregung im Landtag in Südtirol gesagt hat, es wäre alles schon unternommen worden, damit man dies durchführen könnte. Was dabei noch zu sagen wäre. Es geht einmal sicherlich um das Wappen, andererseits auch um die ersten zwei Buchstaben. Ich bin nicht sicher, ob es hier eine Initiative auf römischer Ebene gibt. Man hört hier verschiedene Stimmen. Eines ist klar, so wie es heute ist, sind die Leute verunsichert und es hat auch ein bißchen mit Sicherheit zu tun, ohne hier eine Angstpsychose zu machen. Ich zitiere einen Pfarrer aus Südtirol, der gesagt hat, er möchte schon wissen, wer um seine Kirche herum die Autos parkt. Wenn man weiß es ist ein Landsmann, dann hat man mehr Vertrauen als wenn man annehmen muß, daß er von weiß Gott wo herkommt. Also man konnte von der Autokennnummer ungefähr absehen, woher ein Bürger kommt. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Aber mit der Einführung des Wappens wäre das auch schon abgeschafft und ich stimme selbstverständlich diesem Begehrensantrag zu.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Klotz, ne ha facoltà.

KLOTZ: Zunächst eine Frage und zwar hat man in den letzten Tagen gehört, daß das zuständige Ministerium gedenkt, diese Kennzeichen wieder abzuändern, das heißt wieder die sogenannten Provinzkennzeichen einzuführen, wie wir sie bis vor wenigen Monaten hatten. Die Frage an den Präsidenten deshalb zunächst: Ob er dazu Genaueres sagen kann, ob er sich darüber informiert hat? Denn wenn diese Lösung in den nächsten Wochen kommen sollte, dann brauchen wir sicherlich diesen Begehrensantrag nicht mehr, denn dann ist die andere Lösung besser und weitergehend. Nämlich insofern, als nicht nur die sogenannten Wappen aufscheinen, sondern daß eben wieder die eigenen Provinzkennzeichen angebracht sind und das ist klarer und das ist auch aus meiner Sicht besser. Die Leute können sich damit wieder identifizieren. Denn so wie es heute ist, und dazu haben wir auch Anfragen im Südtiroler Landtag eingebracht, kann sich der einzelne auch nicht mehr damit identifizieren. Es gibt großen Unmut wegen dieser neuen Nummern, aufgrund deren es nicht mehr möglich ist festzustellen, wem welches Auto gehört bzw. woher der Inhaber, der Besitzer eines solchen Wagens kommt. Ich erwarte mir eigentlich schon, daß uns hier der Herr Präsident des Ausschusses genauere Auskunft geben kann, ob es sich um konkrete Maßnahmen oder um ein konkretes Vorhaben der Regierung in Rom handelt oder ob er irgendwelche Hinweise hat, daß das nur ein Gerede ist und nicht so schnell in die Tat umgesetzt wird.

PRESIDENTE: La parola al cons. Delladio.

DELLADIO: Grazie, signor Presidente. Egregi colleghi, anch'io sosterrò questo Voto, però vorrei anche ricordare brevemente qual è il simbolo della provincia di Trento, che è inquantato con il simbolo del Sudtirolo. Lo ricordo sempre quando gli scolari e gli studenti vengono in visita al palazzo per conoscere le istituzioni; ricordo che l'aquila, simbolo della provincia di Trento, è l'aquila di San Venceslao, che per noi dovrebbe essere il simbolo del Trentino, la nostra bandiera, nella quale ci riconosciamo. L'aquila

di San Venceslao, perché San Venceslao era il protettore della Boemia, attuale Cecoslovacchia, ed era il paese dell'Imperatore, re di Boemia, Giovanni di Lussemburgo, che ha concesso tale simbolo con una pergamena, al Principe Vescovo di Trento, Nicolò da Brno, che è il capoluogo attuale della Moravia, nel 1337, questo diploma - parlo per il Trentino, si intende - è stato trovato da Padre Frumenzio Ghetta nel 1971, un nostro studioso, proveniente da Vigo di Fassa, in Val di Fassa, molto valido, è uno dei nostri storici trentini.

Volevo descrivere anche brevemente come si presenta quest'aquila, che è il nostro simbolo. E' un'aquila di colore nero, con il perimetro contornato in rosso con delle fiammelle, circa 420, presenta dei trifogli e delle fasce dorate, ha il rostro e le zampe dorate e volevo ricordare, come ricordo agli studenti quando vengono in visita, che esiste una differenza fra l'aquila riconosciuta dalla provincia autonoma di Trento come proprio simbolo con il DPR del 4 gennaio 1988, n. 47, quest'aquila - dicevo - presenta delle differenze fra l'aquila originale e quella riconosciuta dalla provincia, differenze che si identificano negli artigli: l'aquila originale è senza artigli, l'aquila che troviamo sulla bandiera della provincia autonoma di Trento presenta gli artigli, forse per dargli un po' più di grinta e di forza.

Un'ultima informazione, che può essere interessante, è che a Cavalese ultimamente sono stati scoperti degli affreschi sulla canonica vecchia e fra questi affreschi c'è un riquadro e probabilmente è coevo al diploma della concessione del simbolo al Principe Vescovo nel 1337 o pochi anni dopo, perché è l'unica aquila che io sappia in Trentino che assomiglia moltissimo a quella riprodotta sul diploma, ha i contorni rossi, il becco e i trifogli e le fasce dorate, è nera e probabilmente è l'unica in Trentino attualmente scoperta, perché nel corso degli anni si è tramandata, però ha perso le caratteristiche iniziali, non per niente la troviamo raffigurata con delle fiammelle rosse sul petto, però mai come l'originale.

Pertanto dico che è opportuno innanzi tutto conoscere - non voglio essere un esperto - le nostre origini, le nostre caratteristiche e ritengo che l'aquila di San Venceslao, assieme all'aquila del Tirolo, inquartata nello stemma del Consiglio regionale sia una cosa da tenere in considerazione, di fare nostro come riferimento e ritengo che questo stemma compaia sulle targhe e vi sia riprodotto.

Pertanto voterò a favore di questo Voto. Grazie.

PRESIDENTE: Una breve informazione prima di dare la parola al Presidente della Giunta per una breve replica.

Con i colleghi Presidenti delle regioni a statuto speciale ci eravamo attivati tempestivamente ancora parecchio tempo fa ed avevamo mandato un documento al Ministro dei trasporti, cercando di fare presente il significato di affermare questa appartenenza, e che è giusto rivendicare proprio perché non si devono annullare le singole specificità sul piano nazionale ed europeo, facevamo presente al Ministro di questo malcontento, consapevoli di rappresentare una buona fetta della popolazione che non accettava queste nuove disposizioni.

Credo che questo documento rafforzi il tempestivo intervento che allora feci anche assieme ad altri colleghi e devo ringraziare chi è intervenuto ed ha dichiarato di votare un documento che ritengo importante, perché venga definitivamente risolto un problema molto sentito dall'intera popolazione di questa regione.

E' stato presentato ed è condiviso anche dagli altri firmatari, dal Presidente Alessandrini, dal sottoscritto e dalla collega Kasslatter un emendamento, che recita: 'Alla proposta di Voto 5/XI aggiungere la seguente espressione: "e affinché in tutto il Paese sia rivisto il sistema delle targhe così da individuare la provincia di immatricolazione".'. che era quello che è stato chiesto da qualche collega nel suo intervento.

L'ho letto, se è condiviso... Mi pare che nessuno si oppone alla distribuzione.

Pongo in votazione l'emendamento. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

All'unanimità.

Pongo in votazione il Voto così emendato. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Il Voto è approvato all'unanimità.

Passiamo al prossimo punto all'ordine del giorno, la Mozione n. 22, presentata dai Consiglieri regionali Divina, Muraro, Vecli, Boldrini, Delladio, Tosadori e Montefiori, concernente la regione Trentino-Alto Adige e prospettive europee.

La parola al primo firmatario, cons. Divina per la lettura della mozione e l'eventuale illustrazione.

DIVINA: Signor Presidente, qualche collega mi chiede se è il caso di rinviare, perché forse era stato annunciato che alle ore 17.00 si sarebbe sospeso la seduta, nulla in contrario a procedere alla lettura e all'illustrazione.

Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz **Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini**

PRÄSIDENT: Bitte, Frau Abg. Klotz.

KLOTZ: ...Erläuterung. Dieser Beschlußantrag Nr. 22 ist bereits einmal begonnen worden, gemeinsam mit dem Beschlußantrag Nr. 26 von Marco Benedetti, Vecli, Muraro, Delladio. Ich möchte nur wissen, wie weit wir gekommen sind insgesamt, ob das von vorne noch einmal begonnen werden muß oder ob es die Generaldebatte schon gegeben hat, denn das weiß ich nämlich nicht mehr. Ich weiß nur, daß wir bereits einmal begonnen hatten damit, weil ich alle meine Anmerkungen drauf habe und notiert habe, daß es gemeinsam mit dem Beschlußantrag 26 behandelt oder begonnen worden war.

PRÄSIDENT: Danke.

Es stimmt, daß wir bereits darüber geredet haben und bereits begonnen wurde. Allerdings hat der Abg. Benedetti im Fraktionsführerkollegium eine getrennte Behandlung verlangt, weil nach seiner Meinung die Materie nicht gleichlautend ist und im Sinne der Geschäftsordnung nicht zusammengelegt werden sollte. Deswegen ist es jetzt zu dieser Behandlung gekommen.

Aber Vorrang hat noch die Frage, die der Abg. Divina aufgeworfen hat, ob wir nicht vorzeitig Schluß machen. Es stimmt. Als wir am Vormittag über die Streichung der Nachmittagssitzung geredet haben, habe ich gesagt, daß wir es eventuell ein bißchen früher lassen können. Jetzt haben wir es bald 10 nach 5. Ich meine, wenn wir wollen - fit sind wir auch nicht mehr - können wir jetzt die Arbeiten abschließen. Ich sehe keine großen Einwände mehr oder?

Dann gut schließen wir heute ab. Wir haben heute schon eine Menge Arbeit erledigt, kann man, glaube ich, wirklich sagen. Ich wünsche allen noch ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 17.05)

INDICE

INHALTSANGABE

- Voto n. 1**, presentato dai consiglieri regionali Frasnelli, Denicolò, Kasslatter Mur, Messner e Christine Mayr, riguardante la richiesta di indire una conferenza internazionale per la soluzione della questione curda
pag. 1
- Begehrensantrag Nr. 1**, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Frasnelli, Denicolò, Kasslatter-Mur, Messner und Christine Mayr betreffend den Antrag, eine internationale Konferenz zur Lösung der Kurdenfrage anzuberaumen
Seite 1
- Voto n. 2**, presentato dai consiglieri regionali Zendron, Kury, Leitner, Benedikter e Klotz, affinché venga attribuita ai Comuni la competenza in materia di disciplina della tassazione sui rifiuti
pag. 20
- Begehrensantrag Nr. 2**, eingebracht von den Regionalabgeordneten Zendron, Kury, Leitner, Benedikter und Klotz betreffend die Zuerkennung der Zuständigkeit an die Gemeinden, eine ihren eigenen Bedürfnissen und Konzepten entsprechende Müllgebührenordnung zu erstellen
Seite 20
- Voto n. 3**, presentato dai consiglieri regionali Divina, Delladio, Vecli, Muraro e Boldrini, concernente la tassa per l'occupazione di spazi ed aree pubbliche, detta TOSAP
pag. 36
- Begehrensantrag Nr. 3**, eingbracht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Delladio, Vecli, Muraro und Boldrini betreffend die Steuer für die Benutzung von öffentlichen Flächen, gennant TOSAP
Seite 36
- Voto n. 4**, presentato dai consiglieri regionali Frasnelli, Kasslatter Mur, Denicolò, Messner, Christine Mayr e Berger, concernente la realizzazione, a livello europeo, di misure contro l'estremismo di destra, la xenofobia, il razzismo ed il nazionalismo
pag. 47
- Begehrensantrag Nr. 4**, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Frasnelli, Kasslatter Mur, Denicolò, Messner, Christine Mayr und Berger betreffend Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Nationalismus
Seite 47

Mozione n. 20, presentata dai consiglieri regionali Passerini, Arena, De Stefani, Benedetti, Chiodi, Gasperotti e Pinter, concernente un progetto per un efficiente centro di documentazione per Regione e Provincia, a supporto dell'attività dei consiglieri e dei dipendenti

Beschlußantrag Nr. 20, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Passerini, Arena, De Stefani, Benedetti, Chiodi, Gasperotti und Pinter, betreffend die Errichtung eines effizienten Dokumentationszentrums der Region und der Provinz zur Unterstützung der Tätigkeit der Abgeordneten und der Bediensteten

pag. 47

Seite 47

Mozione n. 21, presentata dai consiglieri regionali Palermo, Muraro e Divina, concernente la gestione del servizio mensa e dei buoni pasto Passlunch per i dipendenti regionali e provinciali

Beschlußantrag Nr. 21, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Palermo, Muraro und Divina betreffend Unregelmäßigkeiten in bezug auf die Führung des Mensadienstes und der Speisgutscheine für die Landes- und Regionalbediensteten

pag. 57

Seite 57

Voto n. 5, presentato dai consiglieri regionali Andreotti, Grandi, Kasslatter Mur, Durnwalder e Alessandrini, riguardante le targhe automobilistiche previste dal nuovo codice della strada

Begehrensantrag Nr. 5, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Andreotti, Grandi, Kasslatter-Mur, Durnwalder und Alessandrini, betreffend die von der neuen Straßenverkehrsordnung vorgesehenen Autokenntafeln

pag. 58

Seite 58

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

FRASNELLI Hubert <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	pag.	1-19
PINTER Roberto <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	6-25
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	8-29-33-35-55
MONTEFIORI Umberto <i>(Gruppo Lega Nord Minoranze Etniche)</i>	"	11-30
PASSERINI Vincenzo <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	11-47-56
KURY Cristina Anna <i>(Gruppo Verdi - Grüne - Vërc)</i>	"	12-31
CHIODI WINKLER Wanda <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	14
LEITNER Pius <i>(Gruppo Die Freiheitlichen)</i>	"	14-27-60
DI PUPPO Michele <i>(Gruppo Partito Popolare per l'Alto Adige)</i>	"	15
GASPEROTTI Guido <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	16-39
PAHL Franz <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	17
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	19-57-60-62
BENUSSI Ruggero		

<i>(Alleanza Nazionale)</i>	"	20
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Verdi - Grüne - Vërc)</i>	"	20-22-29-34-35
VECLI Gianpietro <i>(Autonomia e Federalismo)</i>	"	28
MAYR Christine <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	pag.	29-31
GIOVANAZZI Nerio <i>(Gruppo Partito Popolare)</i>	"	32
DIVINA Sergio <i>(Gruppo Lega Nord Trentino)</i>	"	36-46-62
BENEDETTI Marco <i>(Gruppo A.D. - A.T. - P.S.D.I.)</i>	"	42
MURARO Sergio <i>(Autonomia e Federalismo)</i>	"	43
HOLZER Alcide <i>(Gruppo Partito Popolare)</i>	"	45
GRANDI Tarcisio <i>(Gruppo Partito Popolare)</i>	"	54-58
PALERMO Carlo <i>(Gruppo Misto)</i>	"	58
DELLADIO Mauro <i>(Autonomia e Federalismo)</i>	"	60